

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Herausgegeben von Werner Mittelstaedt

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T
Z
U
K
U
N
F
T

**Zeitschrift
mit
Beiträgen
und
Zeitdokumenten
zur
Zukunfts- und Friedensdiskussion**

ISSN 0720-6194

Bestellungen für die Printausgabe
inkl. Porto: 8, -- Euro / US-\$ 12, --
(Ab 10 Exemplare 50% Preisnachlass)

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Erscheint als Printausgabe und seit dem Jahr 1997
auch im Internet. Die Ausgaben 1 – 75 sind als Voll-
text (PDF) im Internet kostenlos erhältlich.

WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

BLICKPUNKT ZUKUNFT wurde in den Jahren 2019 und 2020 für den
»Alternativen Medienpreis« in der Kategorie »Zukunft« nominiert.



Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

Ausgabe 75 · Januar 2024 · 44. Jahrgang

Israel kämpft auch um seine Existenz

Sie sehen richtig! Ab sofort zielt nicht nur die Flagge der Ukraine, sondern auch die von Israel das Erscheinungsbild der Titelseite von BLICKPUNKT ZUKUNFT. Die Redaktion ist zutiefst betroffen von dem erschütternden Vorfall, der sich am 7. Oktober 2023 und in den Tagen danach in Israel ereignete. Die Terror-Organisation Hamas ermordete in Israel etwa 1.200 Menschen und verschleppte rund 240 Geiseln in den Gazastreifen. Die Einzelheiten dieses Angriffs sind von unfassbarer Brutalität – sie zeigen die tiefsten Abgründe menschlicher Aggressivität. Es war Israels Nine-Eleven. Seitdem kämpft Israel gegen die Hamas mit dem Ziel sie zumindest im Gazastreifen völlig auszuschalten und um die Freilassung aller Geiseln. Israel kämpft auch um seine Existenz.

Ähnlich, wie die Welt sich durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verändert hat, so wird sie sich auch durch den widerwärtigen Angriff der Hamas auf Israel verändern.

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Menschen in Israel und allen Jüdinnen und Juden in Deutschland und in der Welt. Wir hoffen, dass es Israel gelingen wird, alle Geiseln zu befreien. Weiterhin hoffen wir, dass die Hamas bald völlig entwaffnet sein wird und dieses Ziel möglichst ohne zivile Opfer erreicht wird. Wir fühlen auch mit den Palästinenserinnen und Palästinensern, die durch diesen Krieg, den einzig und allein die Hamas zu verantworten hat, enorm leiden. Jedes Leben zählt! Jeder Mensch, der in diesem Krieg ums Leben kommt, ist ein Mensch zu viel. Im Kampf gegen die Hamas muss das israelische Militär darauf ganz besonders achten. Weil dieser Krieg im Gazastreifen eine humanitäre Katastrophe erzeugt hat, muss die humanitäre Hilfe für die dort lebenden Menschen im ganz großen Stil erfolgen und allerhöchste Priorität haben.

An dieser Stelle rufen wir alle Leserinnen und Leser dieses Textes dazu auf, sich entschieden gegen Antisemitismus, Israel-Feindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu engagieren.

Ein Statement von mir zum Krieg Israels gegen die Hamas und dem weltweiten Antisemitismus wurde am 22. November 2023 im Blog der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW unter dem Titel »Israels Nine-Eleven. Anmerkungen über Israels Krieg gegen die Hamas und den weltweiten Antisemitismus« veröffentlicht (vdw-ev.de/werner-mittelstaedt-israels-nine-eleven/).

In dieser Ausgabe finden Sie Beiträge von Philipp Sonntag, Karl-Martin Hentschel, Roland Benedikter und Michael Pleister. Jeder Beitrag beinhaltet wertvolles Wissen für die Gestaltung

der Zukunft. Außerdem finden Sie eine Buchbesprechung und fünf Buchvorstellungen.

Werner und Mechthild Mittelstaedt, 7.12.2023 (Redaktionsschluss)

Inhalt

**Die Funktion der Erinnerungskultur
für die Zukunft der Weltgesellschaft**
von Philipp Sonntag

Radikales Umsteuern statt Schrumpfen
von Karl-Martin Hentschel

Politikwissenschaft und »die Zukunft«
von Roland Benedikter

**Künstliche Intelligenz:
Eine Utopie voller Düsternis**
von Michael Pleister

Buchbesprechung
Philipp Sonntag
Erinnerungskultur
Die gesellschaftliche Rolle von Zeitzeugen

Impressum

Buchvorstellungen

Gerhard Baisch (Hg.), Hartmut Graßl (Hg.) et al.
**20 Jahre Whistleblower-Preis. Was wurde aus den
Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?**

Werner Mittelstaedt

Anthropozän und Nachhaltigkeit
Denkanstöße zur Klimakrise und
für ein zukunftsfähiges Handeln

Ernst Ulrich von Weizsäcker
**So reicht das nicht! Außenpolitik,
neue Ökonomie, neue Aufklärung**

Was wir in der Klimakrise jetzt wirklich brauchen

Volker M. Heins und Frank Wolff
Hinter Mauern

*Geschlossene Grenzen als Gefahr
für die offene Gesellschaft*

Werner Mittelstaedt

**Transformation und Ambivalenz
Steht die Welt vor dem Kollaps?**
Kurskorrektur oder Klimakatastrophe

Die Funktion der Erinnerungskultur für die Zukunft der Weltgesellschaft

von Philipp Sonntag

Für die Menschheitsgeschichte von Bedeutung waren von jeher gesellschaftlich gepflegte Bräuche und Rituale, das Zusammenleben erleichternde Gewohnheiten und Wertvorstellungen wie auch Erzählungen über Erlebtes jeglicher Art. Deren Weitergabe an nachfolgende Generationen bildet die Basis dessen, was wir heute unter Erinnerungskultur verstehen. Die Menschen innerhalb einer kulturell so orientierten Gesellschaft fanden und finden dort ihre Identität und Sicherheit. Im Prinzip gilt dies auch heute noch für die in sich inhomogene Weltgesellschaft, sofern die gepflegte Erinnerung keiner Bedrohung, Störung oder gar Auslöschung unterliegt.

Gerade heute, wo sich Überlebensbedingungen ihren Kippunkten nähern und der Fortbestand der Menschheit existenziell bedroht ist, besitzt die Erinnerungskultur eine potenziell herausragende Bedeutung für die Zukunft der Weltgesellschaft; im positiven Sinn ist sie Hilfe bei der Erkennung gegenwärtiger Gefahren und Vermeidung von Fehlern der Vergangenheit; im negativen Sinn kommt es bei Fälschung, ebenso bei ideologisch anstatt authentisch geprägten Aufzeichnungen, zu einem Verlust gemeinsamer vertrauter Werte, Verlust der Identität und Bedrohung durch soziale Verwerfungen, die ihrerseits zu Umbrüchen in der Weltgesellschaft führen.

Kommunikation von Erfahrungen und Rolle der Zeitzeugen

Lebewesen entwickeln Signale in der eigenen Gruppe zur Verständigung, etwa als Warnung bei Gefahren. So entstehen laufend Erfahrungen, die gelernt und weitergegeben werden, von Höhlenmalereien bis hin zu genetischer Verankerung und aktuell bis zur kommunikativen Chat GPT. Dies dient zunächst einmal der Verbesserung der Überlebenschancen. Zugleich aber wird im Zuge der Globalisierung mit ihrer zunehmenden Digitalisierung und den neuen technologischen Möglichkeiten die Informationsweitergabe durch Fälschung, Fake News, Verbote, Missbrauch oder auch Zerstörung notwendiger Infrastruktur bedroht. Die Folgen sind verheerend, nicht nur für den Einzelnen, sondern ~~vor allem~~ auch weitreichend global im Rahmen der Weltgesellschaft.

Zeitzeugen sind wichtige Beobachter für die Dokumentation von Erfahrungen und tragen große Verarbeitung bei deren Weitergabe. Teils sind die Zeitzeugen selber auch Opfer, teils handelt es sich aber darum, authentische Opferberichte zusammenzutragen und der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich zu machen. Sie sind zwar zumeist keine Wissenschaftler, sind aber im Stande Erfahrungen im Kontext einzuordnen und den Ursachen nachzugehen. Die so festgehaltenen Erinnerungen eröffnen eine Bewältigungskultur für ein aufnahmebereites Umfeld, im Guten wie im Schlechten. Die Art der Gestaltung kann hierbei individuell sehr unterschiedlich sein, was die folgenden Beispiele zeigen.

So hat Thukydides vor etwa 2.500 Jahren als Geschichtsschreiber und Militärstrategie versucht, den peloponnesischen Krieg zwischen Athen und Sparta mit umsichtiger Sorgfalt zu erfassen und zu beschreiben. Er steht somit für eine sachliche Berichterstattung ohne persönlich den Gefahren und dem Leid unmittelbar ausgesetzt gewesen zu sein. Ganz anders Erich Maria Remarque, der als jugendlicher Soldat den I. Weltkrieg

überstehen musste: Er brauchte nach Ende des Kriegs zehn Jahre für die innerliche Verarbeitung seiner persönlichen Erfahrungen, um diese dann in seinem 1928 erschienenen Roman „Im Westen nichts Neues“ publizieren zu können. In diesem schilderte er den täglichen Überlebenskampf so „lebendig“, dass viele Zeitgenossen tief beeindruckt waren. Als er 1962 gefragt wurde, wie er seinen politischen Roman geschrieben hätte, korrigierte er: „Nein, keinen politischen Roman, sondern einen menschlichen“.

Aber trotz Thukydides und Remarque gab es immer wieder neue Kriege. Dies bedeutet, dass Erfahrungsberichte generell und vornehmlich im Rahmen der Erinnerungskultur häufig nur für begrenzte Zeitdauer von Interesse sind und zunehmend unter veränderten Lebensbedingungen und politischen Konstellationen an Bedeutung für die Weltgesellschaft verlieren. Neue „Erzählungen“ treten dann an ihre Stelle. Was wir nicht wissen ist, inwieweit beide Autoren womöglich doch durch Prägung der ethischen Einstellung ihrer Leser bereits zur Verhinderung späterer kriegerischer Auseinandersetzungen beitragen konnten. Untersuchungen, wie aus Erfahrungen mit mörderischer Gewalt sich dauerhaft Friedensbereitschaft entwickeln kann, wären in diesem Zusammenhang aufschlussreich.

Herausforderungen bei der wissenschaftlichen und politischen Verwertung der Erinnerungskultur

In den letzten Jahrzehnten habe ich viele Zeitzeugen als Herausgeber von Schriften redaktionell betreut und ihre vielfältigen Ambitionen und Rollen begleitet. Schließlich habe ich selbst zur „Erinnerungskultur“ einen Überblick veröffentlicht¹.

Als erfolgreich hat sich zumeist eine faire und konstruktive Zusammenarbeit der Zeitzeugen mit Wissenschaftlern erwiesen, was aber leider nicht immer gelang. Häufig lag dies an einem gewissen Konkurrenzdenken, welches den wechselseitigen Austausch von Erfahrungen erschwerte. Schwierigkeiten gab es dabei vor allem mit Historikern. Für die Bewältigung von Konflikten gilt es solche Spannungsverhältnisse aufzulösen. Es kann gelingen. Ein Beispiel: Ich war von 1964 bis 1978 Mitarbeiter von Carl Friedrich von Weizsäcker und habe oft beobachtet, wie er gesellschaftlich schwierige Projekte und Diskussionen erfolgreich moderierte. Zur Herausforderung hat er sich klar geäußert²:

„Wenn ich einen Historiker sagen höre: ‚Zeitzeugen lügen‘, so fürchte ich, dass er weitgehend recht hat. Nur sind Dokumente nicht besser. Auch sie lügen. Und sie sind insofern in einer schlechteren Lage als der lebende Zeitzeuge, als sie sich nicht wehren können, wenn der Historiker sie falsch interpretiert. Schließlich ist der Historiker selbst oft die Quelle des Irrtums. Sein Standesethos verbietet ihm, bewusst zu lügen. Da er aber genau dieselben Motive zur Vereinfachung, zur Stilisierung, zur Unwahrheit angesichts unerwünschter Befunde hat, ist für ihn die Versuchung der Selbsttäuschung sogar besonders groß.“

Das Motiv der Selbsttäuschung kann dabei politische Sympathie oder Antipathie sein, aber

auch der erhoffte Erfolg einer These in der Zunft oder in der Öffentlichkeit und die Verteidigung eines einmal begangenen Irrtums. Aus vielfachen Erfahrungen dieser Art hat sich in mir eine Gewohnheit herausgebildet: Ich nehme eine spezielle Sachmeinung eines Autors oder eines Gesprächspartners umso ernster, je weniger ich sie aus der Kenntnis seiner Person, seiner Gesamtstellung heraus habe vorhersehen können. Hat man all dies im Auge, so ist die Rolle als Zeitzeuge nicht sehr angenehm.“

Solche Herausforderungen erfordern daher Sorgfalt für eine verlässliche Entwicklung, wie sich Fakten und Berichte zu diesen jeweils entwickeln. Ein Musterbeispiel ist ein Heft der iz3w³, in dem unsägliche Leiden und die zugehörige Erinnerungskultur kritisch betrachtet werden. Das geschieht mit drastischen Artikeln für neun Länder. Das Resultat sind Fazits wie „Geschichtsklitte- rung in Ungarn“, „Geschichtsrevisionismus in Ex-Jugoslawien“, „An wen in Simbabwe erinnert wird, entscheidet die Regierungspartei“, „Verordneter Patriotismus in der VR China“, bis hin zu einem Bericht zu „Filmen im postnazistischen Deutschland“. Im editorial des Heftes steht:

„Zur Bestandsaufnahme des Erinnerns gehört aber auch, dass das herrschaftssichernde Hel- dengedenken in entsprechenden Regimen ein- fach fortbesteht. ... Das rissige Erinnern, wel- ches Widersprüchen Platz lässt und welches in Europa begann, auch die Täterschaft >>eigen- er<< Leute als KollaborateurInnen des Nazire- gimes zu kritisieren, gerät unter Beschuss. Die Erfolge rechter und autoritärer Bewegungen bleiben nicht ohne Konsequenzen. In Polen und Ungarn wird die Benennung >>eigener<< Na- zikollaborateurInnen wütend niedergekämpft. Und führende AfD-Politiker wie Björn Höcke for- dern ‚eine gedenkpolitische Wende um 180 Grad, um das Deutschtum wieder zu feiern.‘

Auch das zeigt, dass Gedenken umkämpft bleibt. Immerhin gelingen in Deutschland der- zeit einige Revisionen nationalistischer, koloni- alistischer Gedenkpropaganda. Koloniale Stra- ßennamen werden umbenannt ...“

Die politischen Machthaber konnten sich über lange Zeit leisten, die meisten Mahnungen von Wissenschaftlern und Zeitzeugen zu ignorieren. Zugleich ist es nur allzu verständlich, dass global Zeitzeugen mitunter Schreckliches aushalten mussten und müssen.

Ein Problem für Zeitzeugen und andere Betroffene ist die oft aggressive Leugnung ihrer eigenen Erfahrungen. Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus, Gewalt im All- tag, politischer Erfolg von Rechtspopulismus usw. sind für viele Zeitzeugen, insbesondere für Opfer, absurd und schwer zu ertragen. Dennoch gilt wie Petra Pau im Bundes- tag sagte: „Ohne Erinnerungskultur lassen sich die Gefah- ren der Gegenwart kaum erkennen“⁴.

Somit liegt es auf der Hand, dass eine unter den ge- schilderten Beeinträchtigungen hervorgehende Erinne- rungskultur häufig nur einen Teil der Wahrheit wiedergeben kann, um die immer neu gerungen werden muss. Da aber auch Halbwahrheiten, Verzerrungen oder auch Leugnung Eingang finden in die Weltgesellschaft, ist die anhaltende Pflege und Überprüfung der kommunizierten Berichte, sei es in Wort oder Bild oder in Form von Denkmälern oder anderen Kulturgütern, von enormer Bedeutung und mit ho- her Verantwortung verbunden.

Hilfreich sind die inzwischen bestehenden Plattformen und Foren, die sich länderübergreifend auf wissenschaftli- cher Basis um die Archivierung der Arbeitsergebnisse von Zeitzeugen kümmern und somit der Weltöffentlichkeit Zu- gang zu wertvollen Informationen ermöglichen. Zeitzeugen

sind die am unmittelbarsten von Ereignissen Betroffenen. Ihre Berichte sind authentisch, einfühlsam und nachdenk- lich. Nach 1945 waren jedoch die bitteren Erfahrungen vieler Zeitzeugen weitgehend ignoriert worden. Danach, seit etwa 1980, wurde eine Fülle von Archiven und Gedenkstät- ten aufgebaut. Erst in den letzten Jahren wurden im Inter- net digitale Plattformen eingerichtet, welche die engagier- ten Institutionen vernetzen. Für Deutschland federführend ist das Projekt Oral-History.Digital der FU (Freie Universität Berlin), siehe <https://www.oral-history.digital/>

Das Projekt stellt eine Erschließungs-Plattform bereit. Dort können Interviewprojekte, Museen, Universitäten und Stiftungen ihre Audio- und Video-Interviews mit Begleitma- terialien hochladen, mit Werkzeugen für Transkription oder Verschlagwortung bearbeiten, und so für Bildung und Wis- senschaft zur Verfügung stellen.

Angemeldete Nutzer können auf der Plattform Inter- views mit Untertiteln und Begleitmaterial ansehen und mit der Arbeitsmappe und weiteren Funktionen annotieren, analysieren und zitieren. Mit diesem digitalen Mosaik wer- den die Berichte überschaubar. So wird Erinnerungskultur transparent und gezielt nutzbar. Auf einem Treffen bei Oral-History.Digital am 25. Und 26. September 2023 wurde diese Erweiterung einer Anbieter-Wissenschaft in Richtung einer Nutzer-Wissenschaft lebhaft diskutiert.

Noch dazu entwickelt das Unternehmen OpenAI derzeit hochwertige Apps, mit denen sowohl Übersetzungen als auch ein hin-und-her von Schrift und Sprechen mitsamt Textverständnis zugleich grundlegend verbessert werden sollen.

Für die Vielfalt der Kontexte und Auswirkungen, insbe- sondere für die Nutzung von Erinnerungskultur mit Hoff- nung auf bessere Zukunft notierte ich 2023 Anregungen zu literarisch animierten Aktionen, so für politische Demonst- rationen, siehe pragmatische Erläuterungen auf:

[http://www.netzwerk-
zukunft.de/index.php/news-
reader/kuenstlerische-werkzeuge-fuer-protest-
in-demokratie-und-diktatur.html](http://www.netzwerk-zukunft.de/index.php/news-reader/kuenstlerische-werkzeuge-fuer-protest-in-demokratie-und-diktatur.html)

Mahnungen aufgreifen

Als „Child Survivor“ war ich bis 1945 dem II. Weltkrieg und dem Holocaust ausgesetzt. Ich habe zwar überlebt – aber seelisch nur bedingt. Ich muss damit leben: Vier von fünf Kindern jüdischen Ursprungs (teils Juden, teils Kinder aus Misch-Ehen) wurden von den Nazis umgebracht. Für die Überlebenden blieb ihr eigenes Schicksal beklemmend un- verständlich: Gesprochen wurde in Deutschland zumeist:

- weder in den Familien von Opfern, sei es nun aus Vorsicht, aus Scham, aus überwältigt sein durch die Traumata und entsprechender Verdrängung
- noch in den Familien der Täter, aus grob vergleich- baren Gründen.

Auch für mich galt, dass ich lange Zeit über das von mir Erlebte kaum mit jemand sprechen konnte.

In den Jahren nach 1945 war auch typisch, dass Über- lebende zumindest zunächst kaum imstande waren, über ihre grauenhaften Erfahrungen zu berichten.

Verhängnisvoll hierbei ist die von Zeitzeugen erhärtete These, dass Kindheitstraumata bei den Betroffenen nicht selten zu Gewalt und Willkür führen. Inzwischen untersu- chen Historiker wie die Gewalt zwischen Staaten zu Gewalt und kollektiven Erbitterungen führen kann – und wie schwer es dann ist, einen Neuanfang zu finden.

Heute haben wir es mit ähnlichen Problemen zu tun, al- lerdings unter entscheidend veränderten Bedingungen. Neue Herausforderungen sind hinzugekommen, die den

Fortbestand nicht nur der Menschheit, sondern den aller lebenden Kreaturen, beziehungsweise der gesamten biologischen Vielfalt bedrohen, tragischerweise verursacht durch den „Höhepunkt der Schöpfung“, durch die Menschen. Diese haben sich nicht nur im biblischen Sinn der Schöpfungsgeschichte die Erde untertan gemacht, sondern aus Gier auf Reichtum und Macht auf brutale Weise bis auf das Äußerste ausgeplündert und existentiell gefährdet.

Aktuell – und das wird teilweise immer noch geleugnet – sind wir auf dem besten Weg, diverse Kippunkte zu überschreiten, und zwar nicht nur im Bereich der Ökologie, sondern auch in den verschiedensten sozialen und gesellschaftlichen Bereichen. Tatsächlich muss man sich fragen, „Haben wir nichts dazugelernt?“, trotz Erinnerungskultur, Mahnungen von vielen, die es tatsächlich besser wissen, Aktionen und Klimaprotesten, Organisationen weltweit, Institutionen der UNO usw.

Offenbar reicht all dies nicht aus. Trotz weltweit gewachsenem Engagement „erschlägt“ egomanische Interessenpolitik nach wie vor die besten Ansätze für einen ernsthaften Wandel. Im Patt erstarrende Kriege mit ihren hohen Rüstungskosten (Ukraine) verschärfen die Situation. Sie erzeugen unsägliches Leid, sofort und für die Zukunft. Ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen stehen für eine Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung. Die Folge sind Hungersnöte und riskante Fluchtbewegungen mit mangelnder Gesundheitsversorgung, Traumata, Identitätsverlust, verloren gegangene Aussichten auf eine (in aller Bescheidenheit) gesicherte Zukunft. Die Menschheit und mit ihr die leidgeplagte Natur bieten ein Bild der Überforderung.

Bei einer derartigen Gemengelage hilft es auch nicht weiter, nur an einzelnen Stellschrauben zu drehen, da die verschiedenen Probleme sich weitgehend gegenseitig bedingen und zwar nicht nur innerhalb der Ökologie für sich betrachtet (z.B. Zunahme von Klimaschäden in Art und Ausmaß durch jeden neu hinzugekommenen Temperaturanstieg), sondern auch zwischen den Disziplinen wie Ökologie und Soziologie (z.B. Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und auskömmlicher Versorgung).

Da ist es unerlässlich, wachsam die Zeichen der Zeit immer wieder neu wahrzunehmen und zu deuten, um letztendlich eine (umsetzbare) Vorstellung zu gewinnen wie es weiter gehen könnte. Dafür gibt zum Beispiel die Zeitschrift Bioboomb seit 25 Jahren eine Fülle anschaulicher Hinweise, so aktuell im Heft „Herbst 2023“ mit: „... bis zum Jahr 2030 soll etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland nach ökologischen Standards bewirtschaftet werden“⁵, das wäre eine Verdreifachung der Fläche mit „Bio“.

Bisher kaum Erfahrungen im Umgang mit irreversiblen Schäden

Einen Kippunkt zu überschreiten bedeutet im Bereich der Ökologie eine sprunghafte Steigerung der Klimaschäden bis hin zu existenziell bedrohlichen Folgen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Das kann geschehen beim Auftauen von Permafrostböden, bei Veränderung der Meeresströme, bei massiver Ausweitung von Hitzestress, Bränden und Sintflut, bei Verlust biologischer Gleichgewichte, usw. Lokale Gewalt kann jeweils zusätzliche Schäden verursachen, wie akut erkennbar durch die Zerstörung eines Staudammes in der Ukraine. Hinzu kommt, dass sowohl die Auslöser von Klimakatastrophen wie auch deren Folgen global gesehen nicht nur vereinzelt auftreten, sondern sich inzwischen gegenseitig bedingen. Auch atomare Gefahren, sei es infolge von Unfällen oder kriegerischem Einsatz von Atomwaffen, lassen sich nicht wegdenken.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Lebensbedingungen der Menschheit soweit Schaden erleiden oder sogar vollständig zerstört werden, dass jede Vorstellung von Machtausübung im positiven wie negativen Sinn illusorisch

wird. Vorgänge wie in Bereichen des Maghreb und Äthiopiens mit deren Fluchtbewegungen lassen erahnen, was auf uns noch zukommen kann.

Ein schwerwiegender Gesichtspunkt hierbei ist, dass die für ein auskömmliches Leben zur Verfügung stehenden Ressourcen aktuell auf über 8 Milliarden Menschen zu verteilen sind und bei weitem nicht ausreichen, von Gerechtigkeit und Teilhabe ganz zu schweigen. Dies zeigt auch der Welterschöpfungs- bzw. -überlastungstag, der sich fortlaufend in Richtung Jahresbeginn verschiebt und in 2023 auf den 02. August fiel. Eine Steuerung zur Begrenzung der Weltbevölkerung wäre ein Segen. Demokratische und menschenrechtliche Hürden sind allerdings enorm. Aber immerhin, immer mehr potentielle Eltern stellen sich nicht nur der Frage, ob sie sich ein Kind leisten können, sondern ob sie dieses den zu erwartenden Lebensbedingungen aussetzen möchten.

Bei dieser Gemengelage der Bedrohungsszenarien, der Unvorhersehbarkeit dessen, was uns alles noch bevorsteht, außer dass es (zunächst einmal) noch sehr viel schlimmer wird, stehen falschen Erzählungen, Angstmacherei, unhaltbaren pseudowissenschaftlichen Berichten und damit Verunsicherung und Existenzangst Tür und Tor offen, begleitet von Identitätsverlust durch zunehmend schwieriger werdenden Zugang zu Bildung und Zurückdrängung dessen, was Realität und Wahrheit entspricht. Zweifellos gehen solche Zustände auch ein in das Befinden der Weltgesellschaft, das ihrerseits wiederum Ausgangspunkt bildet für das politische Weltgeschehen, aktuell wahrnehmbar an der Zerstörung bisher funktionierender Allianzen und der Suche nach neuen politischen Partnern. Neue Feindbilder sind im Entstehen. Noch bis September 2023 schienen bisherige Widersacher wie Iran und Saudi-Arabien, sogar auch Israel und Palästinenser bessere Beziehungen anzustreben. Inzwischen, nach erbitterten Gefechten hat sich die Konfrontation enorm verfestigt und ganz unterschiedliche Bemühungen um Waffenstillstand und Frieden sind global umstritten. Aus Sicht der Erinnerungskultur: Es gibt eine große Zahl von traumatisierten Kindern, Jugendlichen und Twens – alles potenziell hoch gewaltbereite Erwachsene in den nächsten Jahrzehnten, was Frieden auf lange Zeit immer schwieriger macht. Waffenstillstand und Frieden jetzt ist wichtig für die Zukunft.

Die hiermit verbundene diplomatische Herausforderung wird deutlich bei den oft vergeblichen Bemühungen der IALANA, einer anerkannten, völkerrechtlich versierten Organisation, die für die Eindämmung der Gefahren durch Atomwaffen hervorragendes geleistet hat. So ist es, wenn Zeitzeugen über Streumunition berichten, für die Experten bei IALANA alarmierend. Aber deren aktuelle Hinweise auf Vermeidung von Streumunition auf der Grundlage geltenden Völkerrechts (International Humanitarian Law, IHL) konnten die tägliche Brutalität der Kriegführung in der Ukraine nicht verhindern⁶:

“Regarding the role of the U.S., IALANA is of the opinion that the transfer of cluster munitions to Ukraine, examined in light of IHL and human rights law, likely is illegal under international law, due in particular to the wide distribution of their explosive force and their fragmentation effect, as well as the deadly legacy and threat unexploded bomblets constitute for years after the end of hostilities, especially for the civilian population.”

Auch die Erfahrungen von IALANA verdeutlichen die Herausforderungen. Nicht selten landet man vor einer nicht überwindbar erscheinenden Mauer an Schwierigkeiten, bis sich dann doch, manchmal unerwartet, ein Tor auftut und Hoffnung weckt.

Bedrohung und Zerstörung von Erinnerungskultur als Waffe und deren Auswirkungen am Beispiel Ukrainekrieg

Zur Durchsetzung seiner Ziele im Ukrainekrieg ist Putin jedes Mittel recht, um seinen völkerrechtswidrigen Angriff als notwendige „Spezialoperation“ darzustellen und auf diese Weise seine wahren Absichten, nämlich die Wiedereingliederung der Ukraine in den russischen Einflussbereich, zu verschleiern. Da die Bezeichnung „Krieg“ für den von ihm initiierten Angriff keinen Platz mehr hatte in seiner Rechtfertigungs-Propaganda, die er mit einer nicht mehr hinnehmbaren ideologischen und militärischen Bedrohung durch den Westen begründete, schwor er die russische Bevölkerung auf die neue Denkweise ein. Unter Strafandrohung, begleitet von Schikanen, willkürlichen Verhaftungen, Verhören und Folter wurde der Gebrauch dieser Bezeichnung verboten. Die Presse wurde mundtot gemacht, sachgerechte Berichterstattung ausgeschaltet, Geschichtsbücher wurden umgeschrieben.

Der russischen Bevölkerung wurden somit wesentliche Teile ihrer Erinnerungskultur und damit ihrer Identität genommen. Was fortgeschrieben wird, werden neue Erzählungen sein und man kann nur hoffen, dass die tatsächlichen Ereignisse, zu denen heute größere Teile der Bevölkerung keinen Zugang haben, ans Licht kommen und auch tatsächlich als wahr akzeptiert werden.

Die Frage ist jedoch, was so ein Einschwören auf Propagandalügen mit einem Volk auf Dauer macht, welche Prägungen und Schäden auf Dauer zurückbleiben, ob es wieder ein Zurück gibt zu normalen Beziehungen. Die Erfahrung - auch uns Deutscher - zeigt, dass die Aufarbeitung einer verhängnisvollen Vergangenheit, wenn sie überhaupt gelingt, sich über Generationen hinziehen kann und sich die Spuren der Vergangenheit in einer Art kollektivem Gedächtnis gehalten haben. Für die Erinnerungskultur selbst bedeuten die geschilderten Übergriffe auf die Freiheit der Bevölkerung, dass sie nicht mehr wie gewohnt gedacht und gepflegt werden kann und teilweise durch sich zu neuen Traditionen entwickelnde propagandagemäße Rituale ersetzt wird, ganz im Sinne Putins.

Was die Ukraine betrifft, so muss diese ebenfalls um ihre Erinnerungskultur fürchten, denn Putin weiß sehr genau um deren identitätsverleihende Wirkung. So wählt er als Angriffsziele neben Versorgungsinfrastruktur ganz bewusst Kultureinrichtungen und Bildungsstätten mit dem Ziel, das nationale Bewusstsein auszulöschen. Dieser Vernichtungsfeldzug ist eine seiner teuflischen Waffen, bis hin zur massenweisen Verschleppung und Umerziehung ukrainischer Kinder. Die Folgen sind akut Verzweiflung und Flucht, sowie in den kommenden Jahrzehnten eine enorme Erschwerung jeglicher Bemühungen um Frieden.

Ausblick

Zweifellos spiegeln die genannten massiven Eingriffe auf Erinnerungskultur und Identität sich auch in der Weltgesellschaft und deren Zukunft wider. Schon heute sind die durch den Ukrainekrieg verursachten Umbrüche in den weltweiten Beziehungen wie die Auflösung bisheriger und die Bildung neuer Allianzen, selbst zwischen bisher verfeindeten Staaten, sichtbar. Auch scheint sich

eine Zunahme autokratischer Tendenzen abzuzeichnen wie auch hierzulande ein Nachdenken über Alternativen zu der „westlich“ geprägten Demokratie. Die Globalisierung auf Basis der sich zunehmend erweiternden IT-Techniken, die weltoffenerer Beteiligung inzwischen auch zahlreicher afrikanischer Staaten an internationalen Gremien wie auch die vorgesehene Erweiterung des Bündnisses der BRICS-Staaten um 6 zusätzliche Mitglieder werden das Ihre tun. Dies birgt Hoffnung und Gefahr zugleich; Hoffnung auf Einbeziehung und Berücksichtigung bisher nicht gehörter Stimmen auf dem Weg zu einem sozial angemessenen Ausgleich zwischen armen und reicheren Staaten; Gefahr für die Konsensbildung zur Bewältigung der die gesamte Menschheit angehenden Probleme wegen der Zunahme an individuellen Interessen, seien sie berechtigt oder unberechtigt.

Inzwischen gibt es aber auch zahlreiche Anzeichen für berechtigte Hoffnung vor allem im Bereich der menschlichen Grundbedürfnisse im Sport, der Kunst, auch der Wissenschaft, wo die Zusammenarbeit von Russen und Amerikanern in der Weltraumstation ISS nun doch weitergeführt werden soll. Auch scheint die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels zuzunehmen. Der Ernst der Lage wird zunehmend erkannt, insbesondere auch wegen der sich inzwischen einstellenden schweren Klimakatastrophen. Hilfsbereitschaft und Unterstützung hierbei sind enorm. Ich selbst setze letztlich immer noch auf die Vernunft der Menschen und darauf, dass ein mehrheitlicher Wille vorhanden ist, unseren Planeten vor einer alles vernichtende Katastrophe zu bewahren.

¹ Philipp Sonntag: "Erinnerungskultur - Die gesellschaftliche Rolle von Zeitzeugen". Frank & Timme - Verlag für wissenschaftliche Kultur, Berlin, (2023), 194 Seiten

² Carl Friedrich von Weizsäcker: „Bewusstseinswandel“. Hanser Verlag, München (1988), Seite 304.

³ Aktion Dritte Welt e. V. / informationszentrum 3. Welt: „Vergeben und vergessen? - Erinnerungskultur“, Juli/Aug. 2019, Ausgabe 373, Seiten 16 (editorial), 17-19 (Larissa Schober: „Memory Boom / Über die Schwierigkeiten der Erinnerungskultur“ und 20-37 über die verheerende Situation in neun Ländern

⁴ Petra Pau (Grüne), im Bundestag am 6. 9. Etwa um 11:37 Uhr.

⁵ Bioboomb, das Magazin für Kopf und Bauch, Herbst 2023, Seite 11; und siehe <https://bioboomb.de/>

⁶ IALANA Deutschland e.V. per mail@ialana.info am 25. August 2023: The Illegality of U.S. Cluster Munitions Delivery to Ukraine under International Law - and the Positive Obligation of the U.S. to Avoid or Minimise the Humanitarian Suffering Caused by These Weapons.

Über den Autor:

Philipp Sonntag, geb. 1938 in Halle/Saale, war als Physiker 1964-1971, zunächst in der „Forschungsstelle der VDW“ in Hamburg, an der Kriegsfolgenstudie beteiligt. Er leitete noch 1977 einen „Initiativ Ausschuss Zivilschutz“ in der VDW. Spätere Schwerpunkte waren Informationsgesellschaft (WZB Berlin), Mikrosystemtechnik (VDI/VDE-IT), Bionische Säge (als Unternehmer). Bis Ende 2020 aktiv im Vorstand der „Child Survivors Deutschland - Überlebende Kinder der Shoah e. V.“. Philipp Sonntag ist Autor von über 20 Büchern und ungezählten Artikeln in Büchern und Zeitschriften. Weiteres siehe auf www.philipp-sonntag.de

Radikales Umsteuern statt Schrumpfen

Eine Auseinandersetzung mit der Degrowth-Theorie anhand des Buches von Ulrike Herrmann »Das Ende des Kapitalismus«

von Karl-Martin Hentschel

Ulrike Herrmann, die bekannte Wirtschaftsjournalistin der TAZ und mehrfache Spiegel-Bestsellerautorin, hat mit ihrem neuen Buch eine wichtige strategische Debatte angestoßen. Es geht um den Kapitalismus und die notwendige Antwort auf den Klimawandel. Aber obwohl ich das Buch mit Genuss gelesen und einiges gelernt habe, teile ich ihre zentralen Aussagen zur Transformation des Kapitalismus in eine klimaneutrale Gesellschaft nicht und bin bei meinen Arbeiten zu völlig anderen Ergebnissen gelangt.

Das Buch hat drei Teile. Im ersten Teil schildert die Autorin eine überraschend positive Geschichte des Kapitalismus – der aber den entscheidenden Fehler habe, dass er immer weiterwachsen muss. Im zweiten Teil behandelt sie den Klimawandel und begründet, warum ihrer Meinung nach Klimaschutz nur möglich ist, wenn wir den Kapitalismus abschaffen. Im dritten Teil versucht sie zu begründen, warum der Kapitalismus zu Ende geht und stellt als Modell für den Übergang vom Kapitalismus zur »Überlebenswirtschaft« – wie sie die nachkapitalistische Wirtschaft nennt – die britische Kriegswirtschaft im zweiten Weltkrieg dar.

I. »Aufstieg des Kapitals« oder »Warum die Industrialisierung ausgerechnet in England stattfand«

Dieser Teil schildert spannend und mit vielen neuen Einsichten die Geschichte des Kapitalismus. Zunächst räumt die Autorin die Standardtheorien über die Gründe, warum der Kapitalismus in England entstanden sein soll, beiseite. »Privateigentum« und »beschränkte Haftung« gab es schon im alten Rom, »Arbeitsteilung in Manufakturen« bereits im alten Griechenland. Auch »Marktwirtschaft« und »Fernhandel« existierten seit Jahrtausenden. »Banken« und »Wissenschaft« waren auch nicht entscheidend, denn die Erfinder der Dampfmaschine und des automatischen Webstuhls waren einfache Handwerker ohne besondere Kenntnisse und die von ihnen aufgebauten kleinen Firmen wurden durchweg zunächst privat ohne Hilfe von Banken finanziert.

Die zentrale These Herrmanns lautet daher: Die Industrialisierung begann in England, weil dort die höchsten Löhne der Welt gezahlt wurden und die Energie billig war. Der Grund für die billige Energie war die Kohle. Denn als die Umgegend von London entwaldet war, mussten die Engländer von Holz auf Kohle umsteigen, die in England reichlich vorhanden war. Der Grund für die hohen Löhne waren die fünf großen Pestepidemien von 1361 bis 1665. Dadurch wurden die Arbeitskräfte knapp. Große Flächen wurden nicht mehr landwirtschaftlich bebaut, sondern darauf Schafe gehütet. Die daraus hergestellten Wolltextilien machten bereits im 17. Jahrhundert 70 Prozent der englischen Exporte aus.

Nach den vier Kriegen gegen die Niederlande dominierte England den europäischen Seehandel. London wurde die größte Stadt Europas mit 500.000 Einwohnern im Jahr 1700 und 1 Million im Jahr 1800. Die englischen Arbeiter waren besser ernährt, größer gewachsen und besser gekleidet als ihre Kollegen anderswo. Und durch die bessere Bezahlung entstand eine breite Nachfrage, die die Grundlage der Massenproduktion

war. Dies waren die Gründe dafür, dass sich der Einsatz der teuren und anfangs noch ineffizienten Dampfmaschinen und später der ersten Spinnmaschinen in England lohnte, während Unternehmer auf dem Kontinent noch Jahrzehnte danach zu dem Schluss kamen, dass billige Handarbeit günstiger war.

Soweit das Buch. An dieser Stelle möchte meinen ersten Einwand einbringen. Meines Erachtens dürfte der Mangel an Arbeitskräften in Folge der Pest als Erklärung für den besonderen Weg Englands nicht ausreichen. Denn zu wenig Arbeitskräfte gab es nach der Pest in großen Teilen Europas. Entscheidend dürften vielmehr die besonderen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in England gewesen sein.¹ Was war also das Besondere an England?

Über 5000 Jahre beherrschten die Agrardespotien die Welt durch die Kontrolle über den Boden, von China bis Peru. Daneben gab es immer wieder kleine prädemokratische Händlerstaaten. Das waren fast immer Seefahrerstädte wie die der Phönizier und der alten Griechen, die Hanse, die Handelsstädte Norditaliens. Die Niederlande, an einer strategisch optimalen Stelle Europas, der Rheinmündung gelegen, waren dann der erste von Kaufleuten und Handwerkern beherrschte Flächenstaat der Weltgeschichte – bis sie von den Engländern – einem maritimen Inselstaat – abgelöst wurden.

Die reichen Kaufleute der Niederlande und Englands kamen an die Macht, weil sie durch den Seehandel (Amerikahandel, Rheinland, Ostsee – Osteuropa, Mittelmeer, Monopol des Sklavenhandels) so reich wurden, dass sie ganze Armeen – und Seeräuberflotten – aufstellen konnten. So konnten die kleine damals spanische Provinz der Niederlande mit angeworbenen Landsknechten das mächtige Spanien besiegen und sich unabhängig machen. Und so konnte später England sogar die mächtigste Flotte der Welt – die spanische Armada – besiegen und damit den Handel mit Amerika und danach mit Indien und China unter seine Kontrolle bringen. Es war der Reichtum dieser maritimen exportorientierten Kaufmannsgesellschaft, die immer mehr die Arbeitskräfte nach London zog und sie knapp und teuer werden ließ. Und es war das daraus resultierende Wachstum von London, dass den Übergang von der Holz- zur Kohleverbrennung erzwang.

Im Folgenden diskutiert die Autorin, wie es zur Industrialisierung weiterer Staaten kam. Als erstes folgte die USA. Auch die rapide Entwicklung der USA lag an den hohen Löhnen. Und auch hier gab es eine Besonderheit: Da in der Industrie keine Sklaven wie auf den Plantagen eingesetzt werden konnten, mussten die Arbeiter in den USA gut bezahlt werden. Denn weil im Unterschied zu Europa viel unbebautes Land zur Verfügung stand, zogen die Arbeiter nach Westen und wurden lieber Bauern, wenn sie nicht gut genug bezahlt wurden. Deshalb machte die USA durch hohe Importzölle die britischen Waren so teuer, so dass sich die Investitionen in Maschinen auch in den USA lohnten. Ähnlich ging danach auch Preußen vor, das bis zum 2. Weltkrieg England überholte. 1834 wurde der Deutsche Zollverein gegründet. Typisch für den Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war dann die Bildung von Kartellen und Monopolen, um die Gewinne zu sichern

und das Risiko für Investitionen auszuschalten! Infolgedessen kommt Herrmann zu einem wichtigen Resümee: Die Industrialisierung weiterer Staaten erfolgte stets durch hohe Zölle und Monopolbildung, nicht durch freie Konkurrenz.

Die Länder des globalen Südens fielen dabei dramatisch zurück. Je niedriger die Löhne, desto weniger lohnten sich Investitionen. Sie durften nur noch Rohstoffe liefern und wurden durch billige Waren aus Europa überschwemmt. Nur der Staat konnte durch Zölle und Förderung von Investitionen diesen Teufelskreis durchbrechen – so geschah es nicht nur in Preußen, sondern auch in Japan, Taiwan, Südkorea und China. Allerdings wurde und wird heute das Nachholen der Industrialisierung immer schwieriger. Die erforderliche Größe der Fabriken und damit die Eintrittsbarrieren werden immer höher. Selbst ein Land wie Bangladesch, wo es gelang, dass alle Kinder zur Schule gehen und dadurch die Geburtenrate auf 2 Kinder pro Frau gesunken und die Lebenserwartung auf 74 Jahre gestiegen ist, ist zu klein für Protektionismus. Deswegen ist ein weltweiter Mindestlohn für Exporte und die Austrocknung der Steueroasen notwendig, damit in den Ländern des globalen Südens mehr Kaufkraft und mehr Investitionskapital entstehen kann. Immer noch werden mehr Gewinne in den reichen Norden verschoben als die gesamte Entwicklungshilfe.

Das Ergebnis der Analyse von Ulrike Herrmann ist daher: Ausbeutung macht nicht reich. In allen Ländern wie Brasilien oder Russland, die erst auf Sklavenarbeit oder Leibeigenschaft und dann auf billige Löhne setzten, fehlte die Massenkraft und es lohnte sich wegen der billigen Arbeitskräfte nicht, in Maschinen zu investieren. Auch der Import von Edelmetallen durch Spanien und Portugal behinderte die Entwicklung, da die reiche Oberschicht lieber Waren importierte, statt die eigene Produktion zu entwickeln. Eine andere Schlussfolgerung ist genauso überraschend: Die Europäer haben nie von den Kolonien profitiert. Sie leisteten sich Kolonien, Kriege und schließlich die wirtschaftlich katastrophalen Weltkriege aus politischen Gründen, weil sie es sich leisten konnten. Selbst der Irakkrieg war für die USA nicht nur eine politische, sondern vor allem auch eine ökonomische Katastrophe. Für die Kosten von mehreren Milliarden Dollar hätten sich die USA jahrzehntlang mit Öl versorgen können.

Letztlich hat der Kapitalismus den heutigen Wohlstand und die moderne Demokratie erst ermöglicht. Entscheidend waren dafür ausgerechnet die Gewerkschaften. Denn wenn Unternehmer*innen glauben, dass Löhne nur Kosten sind, irren sie. Tatsächlich generieren die Löhne nämlich die Massenkraft, auf der der moderne Kapitalismus basiert.

Trotz dieser positiven Seiten hat der Kapitalismus einen eingebauten Fehler: Er funktioniert nur, wenn es Wachstum gibt. Denn er wird durch Kredite angetrieben – einerseits durch private Kredite, aber in der Krise auch Staatskredite. Diese können nur getilgt werden, wenn die Firmen Gewinne machen. Und Gewinne sind nur möglich, wenn es Wachstum gibt. Damit verbunden ist ein zweiter Effekt. Die Firmen investieren ständig in neue Technologien. Dieser technische Fortschritt kostet permanent Jobs. Aber das Wachstum sorgt auch dafür, dass immer neue Arbeitsplätze entstehen. Damit wurde die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel der Wirtschaft. „Wir arbeiten um zu arbeiten.“

Der Kapitalismus folgt also der Logik der Krebszelle. Er muss unaufhörlich wachsen und zerstört damit erst seine Umwelt – und dann sich selbst.

II. »Grünes Wachstum« gibt es nicht oder »Die Irrtümer der Degrowth-Theorie«

Im zweiten Teil des Buches geht es um die große Herausforderung unserer Zeit: Den Klimawandel. Es gibt keine Alternative, als die CO₂-Emissionen zu stoppen und zu Erneuerbaren Energien überzugehen. Auch die Atomkraft ist keine Lösung, da sie viel zu teuer ist und mangels geeigneter Rohstoffe nur einen Bruchteil der nötigen Energie liefern kann. Soweit kann man der Darstellung im Buch nur zustimmen.

Nun betrachtet Herrmann die Erneuerbaren Energien. Hierbei kommt die Autorin zu folgenden Aussagen: Es werden vermutlich bis zu 1000 TWh Strom benötigt. Da ein Transport aus Afrika zu teuer ist, muss der Strom in Deutschland erzeugt werden. Die mögliche Kapazität der Produktion in Deutschland ist aber leider beschränkt und reicht nicht aus. Und Sonne und Wind liefern die Energie auch nur unregelmäßig. Deshalb werden doppelt bis dreimal so viel Gaskraftwerke wie heute benötigt, um in einer kalten Dunkelflaute die Stromversorgung zu sichern, die mit Wasserstoff betrieben werden müssen.

Im Ergebnis kann nicht ausreichend grüne Energie erzeugt werden und außerdem ist die grüne Energie künftig viel teurer als heute. Weiterhin gibt es nicht genügend Rohstoffe für den Bau von Solar- und Windkraftwerken und Elektromobilität. Auch Recyceln hilft nicht weiter, da recycelte Materialien (Metalle) nicht die gleiche Qualität wie Neue haben. Weiterhin wirft die Autorin an verschiedenen Stellen allen Wissenschaftler*innen, die über diese Themen seit Jahren forschen und schreiben, vor, sie hätten diese Probleme übersehen.

An dieser Stelle muss man Ulrike Herrmann entschieden widersprechen. Natürlich hat die Wissenschaft diese Probleme nicht „übersehen“. Tatsächlich sind alle diese Probleme seit langem bekannt und wurden seit Jahren in zahlreichen Studien untersucht und Lösungen dafür erarbeitet. Die benötigten Mengen an Energie, die Flächen für Windkraft- und Solaranlagen, die benötigten Rohstoffe und die daraus resultierenden Energiepreise wurden berechnet. Auch die Lösungen für die Schwankungen der Energieerzeugung, die Versorgung in der Dunkelflaute, die Notstromaggregate (Gasturbinen), die Speicher, die benötigten Gleichstromleitungen usw. sind längst in umfangreichen Studien dargestellt und kalkuliert worden. Dazu gibt es hunderte von wissenschaftlichen Veröffentlichungen der über 40 daran arbeitenden Institute allein in Deutschland, aber auch der Industrie und von einschlägigen Denkwerkstätten wie Agora Energiewende usw.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten haben wir in drei Handbüchern zum Klimaschutz zusammengestellt und sie von zahlreichen Wissenschaftler*innen und Fachleuten evaluieren lassen.² Dabei haben wir streng darauf geachtet, nur das darzustellen, was sicher geht. Nicht berücksichtigt haben wir daher Hunderte von neuen wissenschaftlichen Ergebnissen, die zurzeit in Arbeit sind, von denen aber eben noch nicht klar ist, ob sie wirklich funktionieren und ob sie halbwegs rentabel eingesetzt werden können. Aber man kann sicher sein, dass viele davon bald auf den Markt kommen und dazu beitragen werden, dass die Preise für die Energiewende weiter sinken werden!

Ulrike Herrmann hat durchaus Recht, wenn sie feststellt, dass die Prognosen des Energie- und insbesondere des Strombedarfs in den wissenschaftlichen Studien sehr unterschiedlich sind – zwischen 620 und 1000 TWh. Das liegt aber nicht an dem Nichtwissen der Autor*innen, sondern an den jeweiligen Annahmen: Tatsächlich fehlt dabei sogar noch die Hälfte. Denn künftig wird Strom neben einem kleinen Teil Biomasse die wichtigste Primärenergie sein. So enthalten die obigen Zahlen zwar bereits den Strom für die Herstellung von Wasserstoff, der gespeichert werden muss, um Zeiten der sogenannten Dunkelflaute zu überstehen und den Strom für Elektromobilität und Wärmepumpen. Es fehlt aber der Strom als Primärenergie, der für die Herstellung der grünen Treibstoffe für Flugverkehr und Schifffahrt benötigt wird, da diese bis 2050 vermutlich noch nicht auf elektrischen Antrieb umgestellt werden können. Und es fehlt der Strom für die Herstellung von Wasserstoff, Naphta, Ammoniak und Methanol, die als Rohstoffe für die Stahl-, Zement- und Chemieindustrie benötigt werden. Insgesamt ergibt sich nach der Zusammenstellung des Handbuch Klimaschutz ein Primärenergiebedarf für ein CO₂-freies Deutschland von sogar 2000 TWh, überwiegend in Form von Strom. Es wird also fast viermal so viel Strom benötigt, aber nur gut halb so viel Energie wie heute. Denn heute liegt der Primärenergiebedarf bei 3500 TWh – überwiegend natürlich in Form von Öl, Gas und Kohle.

Richtig ist auch ihre Aussage, dass es kaum möglich ist, diese 2000 TWh in Deutschland zu produzieren. Ansonsten entsprechen aber viele Aussagen nicht dem heutigen Kenntnisstand. Nach den aktuellen Berechnungen können durchaus 1000 bis 1200 TWh Strom in Deutschland durch Wind- und Solarkraftwerke erzeugt werden. Speicher für Wasserstoff in der Dunkelflaute sind schon heute ausreichend vorhanden – man muss nur einen kleinen Teil der Erdgasspeicher umbauen. Selbst wenn wir keinen Strom importieren, kann die Hälfte der benötigten Energie in Nordafrika/Nahost produziert und in Form von Ammoniak, grünem Naphtha, grünem Methanol und Wasserstoff nach Deutschland transportiert werden. Denn nur ein Bruchteil der Fläche der Sahara würde ausreichen, um den Strombedarf der gesamten Welt zu decken.

Es wäre aber durchaus auch möglich, Strom kostengünstig über Leitungen aus Nordafrika oder Russland zu beziehen. Schließlich werden schon heute Shanghai und Shenzhen über mehr als 2000 km lange Leitungen (viele von Siemens gebaut!) durch Wasserkraftwerke im Hochgebirge mit Strom kostengünstig versorgt. Auch Herrmanns Aussage zum Recycling stimmt nicht: Recycelte Metalle und künftig chemisch recycelte Kunststoffe sind von gleicher Qualität wie vorher. Die Atome nutzen sich nicht ab. Nur für die Kunststoffsortierung (das mechanische Recycling) und das Papierrecycling gilt das nicht.

Als Fazit ist festzustellen: Es ist sicher sowohl ökologisch wie wirtschaftlich sinnvoll, soviel Energie einzusparen wie irgend möglich, die Zahl der Autos und den Flugverkehr zu reduzieren, die Produktion von Kunststoffen radikal zu reduzieren und Produkte und Verpackungen zu recyceln. Genau das sagen alle Studien. Aber zu behaupten, es könne nicht genügend Energie bereitgestellt werden, um Deutschland CO₂-frei umzubauen, ist sicher nicht richtig.

Aufgrund ihrer Annahmen kommt Ulrike Herrmann dann zu ihrer zentralen Schlussfolgerung: Deutschland muss die Produktion von Waren deutlich reduzieren.

Dies begründet sie u.a. so: E-Autos sind nicht ökologisch, da bei der Akku-Produktion enorme Mengen CO₂ anfallen. Der Flugverkehr muss eingestellt werden. Auch Schiffe produzieren CO₂. Die Chemiebranche kann nicht so weitermachen, da sie dann allein 700 TWh braucht, um grün zu produzieren. Noch schlimmer ist es mit der Bauwirtschaft, die sowohl durch den Bodenverlust wie auch durch die Zementproduktion nicht klimaneutral werden kann. „Jeder Neubau ist ein Umweltfrevel.“

Die Zahl der produzierten Güter muss also abnehmen. Im Ergebnis muss die Wirtschaftsleistung um ein Drittel sinken. Und trotzdem werden neue Kosten entstehen.

Die Autorin stellt deshalb fest: „Diese pessimistische Analyse lehnen viele Klimaökonom*innen ab und versprühen stattdessen Optimismus.“ Aber: „Der Traum von der »Entkoppelung« funktioniert nicht.“ „In der Vergangenheit waren viele Untergangsszenarien tatsächlich falsch – aber diesmal wird der Kapitalismus wirklich enden.“ Dabei verweist sie insbesondere auf den Rebound-Effekt, der ihrer Meinung nach jede Hoffnung zerschlägt, dass es „grünes Wachstum“ geben könne. Sie zitiert dazu als Quelle die Studie des Wuppertal-Instituts „CO₂-neutral bis 2035“, die im Auftrag von Fridays for Future erstellt wurde.

Auch diese Aussagen halten einer Überprüfung nicht stand. Von 1990 bis 2018 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um real fast 120 Prozent gewachsen – hat sich also mehr als verdoppelt. Zugleich sank der Primärenergieverbrauch um 12 Prozent und die CO₂-Emissionen sanken um über 35 Prozent. Auch die Menge der Rohstoffimporte ist bereits gesunken. Das reicht alles nicht entfernt aus – aber viel mehr ist durchaus möglich.

Der Import von Rohstoffen kann durch die Einstellung der Importe von Gas, Öl und Kohle und eine konsequente Recycling-Quote für Metalle (90 Prozent) und für Kunststoffe (mindestens 50%) bis 2040 um insgesamt 80 Prozent reduziert werden. Natürlich wird heute zur Herstellung von Elektroautos CO₂ freigesetzt, wie Ulrike Herrmann schreibt – aber eben nur so lange, wie die dazu nötige Energie durch Kohle oder Erdgas produziert wird.

Auch die zitierte Studie des Wuppertal-Instituts ist leider eine unbrauchbare Referenz. Sie wurde bewusst erstellt mit dem Auftrag von FFF, zu untersuchen, unter welchen Rahmenbedingungen Deutschland bereits bis 2035 CO₂-frei werden kann. Und tatsächlich kamen die Wissenschaftler aus Wuppertal zum Ergebnis: Ja – das geht. Aber dann mussten die Autoren dazu Annahmen treffen, wie eine erhebliche Reduzierung der Wohnflächen in Deutschland, die sie selbst nicht für realistisch betrachten.

Natürlich ist es wünschenswert und machbar, wenn die Menschen weniger fliegen, viel mehr mit der Bahn fahren und die Zahl der Autos deutlich zurück geht. Genau dazu machen wir im Handbuch auch konkrete Vorschläge, wie das umgesetzt werden kann. Das reicht aber nicht. Denn selbst eine Reduzierung der Produktion um ein Drittel oder gar die Hälfte, wie Ulrike Herrmann es vorschlägt, wäre nicht ausreichend, um klimaneutral zu werden.

Tatsächlich können nach unseren Berechnungen – die keine Fantasie sind, sondern auf allen verfügbaren wissenschaftlichen Studien basieren – die CO₂-Emissionen zwar nicht bis 2035 auf null sinken, aber sie können immerhin noch vor 2040 um 94 Prozent gegenüber dem Stand von 2018 reduziert werden. Die restlichen

sechs Prozent der Emissionen – die im Wesentlichen aus der Landwirtschaft, der Zementindustrie und dem Flugverkehr resultieren werden – können nach heutigem Kenntnisstand noch nicht vermieden werden. Sie können aber auch ohne die strittigen CCS-Technologien³ für die kommenden 50 Jahre durch Neuwaldbildung kompensiert werden. Die dafür nötigen Flächen stehen zur Verfügung, wenn wir die Produktion von Energiepflanzen wie Mais, Raps, Sonnenblumen usw. einstellen – was sowohl sinnvoll als auch realistisch ist. Man muss dazu die Biogasanlagen nicht mal stilllegen, sondern auf aus Gülle produziertes Biogas umstellen.

Erreicht werden kann diese »Transformation« in eine CO₂-neutrale Gesellschaft, wenn durch verbindliche Vorgaben die CO₂-Emissionen auf das mögliche Minimum reduziert werden. Die zentrale These von Ulrike Herrmann, dass dazu die Wirtschaft schrumpfen muss, ist nicht haltbar. Denn das BIP ist nur eine Zahl in der volkswirtschaftlichen Bilanz. Wenn durch massive staatliche Interventionen durch Ordnungsrecht, Fördermittel und direkte öffentliche Investitionen Verkehr, Häuser und Industrie weitgehend klimaneutral gemacht werden, dann schlägt sich das im BIP sogar als Wachstum nieder.

Ulrike Herrmann setzt fälschlicherweise Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gleich mit dem Wachstum der Menge der Produkte, dem Wachstum des Energieverbrauchs und dem Wachstum der CO₂-Emissionen. Genau das ist aber die Frage, die zu klären ist, um zu verstehen, worin die »große Transformation« besteht, in der wir uns gerade befinden.

Nach dem Stand der Wissenschaft muss der Ressourcenverbrauch drastisch reduziert und langfristig gegen Null gehen. Das nennt sich Recycling-Wirtschaft. Die Emissionen von CO₂ und anderen Schadstoffen und der Flächenverbrauch für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen müssen tatsächlich auf Nettonull oder noch mehr reduziert werden. Der Primärenergiebedarf wird sich etwa halbieren. Über das BIP sagen diese Vorgaben aber nichts aus.

Und ob dann weniger oder mehr Konsumgüter produziert werden, hängt davon ab, wie teuer künftig die CO₂-frei produzierten Dienstleistungen oder Produkte sein werden. Auch dazu machen die Studien bereits sehr differenzierte Aussagen: Fliegen wird eindeutig teurer, da grünes Kerosin pro Liter 2035 voraussichtlich das Dreifache wie das fossile Kerosin kosten wird. Elektroautos werden günstiger, da sie viel einfacher zu produzieren sind und weniger als ein Viertel an Energie benötigen. Das Heizen der Häuser wird durch bessere Dämmung und höheren Wirkungsgrad erheblich billiger. Die Energie wird trotz der von Ulrike Herrmann richtig geschilderten Probleme kaum teurer.

Noch vor 20 Jahren deutete alles darauf hin, dass die Umstellung auf eine klimaneutrale Gesellschaft insgesamt zu einer erheblichen Verteuerung vieler Produkte führen würde. Damit wäre dann notwendig eine entsprechende Einschränkung des Lebensstandards eingeleitet. In den letzten Jahren hat sich aber aufgrund der Verbilligung vieler Faktoren, insbesondere dem Sinken der Kosten für Erneuerbare Energien, diese Einschätzung geändert. Mittlerweile kommen die Studien der verschiedenen Institute und der Industrie übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es zwar erhebliche Preisverschiebungen geben wird, die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaftsweise aber sogar zu einer rentablen Investition wird. Das bedeutet kurz zusam-

mengefasst: Wir werden zwar weniger fliegen und weniger Fleisch essen, aber ansonsten dürfte der Lebensstandard keineswegs sinken.

Und was bedeutet das für die Abschaffung des Kapitalismus? Auf jeden Fall deuten alle Konzepte darauf hin, dass der Staat sich stärker in die Wirtschaft einmischen muss. Aber die Vorstellung, wir müssten nun erstmal den Kapitalismus abschaffen, um dann eine drastische Reduzierung der Produktion durchzudrücken, um klimafrei zu werden, lässt sich daraus nicht ableiten.

Umgekehrt kann allerdings daraus ein Schuh werden: Eine konsequente Durchsetzung des Klimaschutzes, verbunden mit einer konsequenten Sozial- und Steuerpolitik, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu sichern, kann zu einer Stärkung des Sozialstaates und zu einer Transformation der Ökonomie führen – und vielleicht sogar den Kapitalismus in eine neue »Gleichgewichtsgesellschaft«⁴ transformieren, bei der wieder ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur hergestellt wird. Daran sollten wir entschieden arbeiten.

III. »Das Ende des Kapitalismus« oder »Was können wir von Großbritannien lernen?«

Der dritte Teil des Buches geht von der These aus: Um den Rebound-Effekt zu brechen, müssten die Einkommen stark sinken, damit den Menschen das Geld fehlt, um neues Wachstum anzuschieben. Deswegen ist es für Ulrike Herrmann konsequent, dass die Degrowth-Bewegung die kommerzielle Lohnarbeit halbieren will. Die Flughäfen werden geschlossen, die Produktion von Autos drastisch reduziert. Dienstleistungen wie PR-Agenturen, Messelogistiker und Werbegrafiker werden wegfallen. Banken werden bis auf einen kleinen Rest zur Kontenverwaltung verschwinden. Auch die Chemiekonzerne werden große Teile ihres Umsatzes einbüßen.

Die Autorin sieht aber bei diesem Szenario selbst ein Problem: Es würde dann eine Weltwirtschaftskrise ausbrechen mit katastrophalen politischen Folgen. Und es gibt leider noch keine ausgearbeitete Makroökonomie der Postwachstumsgesellschaft. Denn in einem sind sich die beiden konträren Ökonomieschulen, die Neoklassiker und die Keynesianer einig, sie glauben an das »grüne Wachstum«.

Einige Umwelttheoretiker versuchen diesem Dilemma zu entkommen, in dem sie kleine unmerkliche Schritte empfehlen. So sagt Harald Welzer: „Kleine Zustandsveränderungen haben eine ganz andere Poesie als die »große Transformation«“.

An dieser Stelle kommt Ulrike Herrmann mit einem überraschenden Vorschlag: Wir sollten uns die britische Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 zum Vorbild nehmen. Denn die Situation war so ähnlich wie heute: Die Briten lebten in einer Demokratie. Sie befanden sich in einer unfreiwilligen Notsituation. Die normale Wirtschaft musste in kürzester Zeit stark heruntergefahren werden, um in den Fabriken Militärgüter herzustellen.

Die Lösung war eine Art »private Planwirtschaft«. Der Staat gab vor, was produziert wird, aber die Unternehmen blieben privat. Zur Steuerung wurde das BIP erfunden. Da die Arbeitskräfte knapp waren, wurde das »Manpower Budget« das zentrale Steuerungsinstrument. Auch der Konsum wurde strikt geregelt: Milch und Eier nur für Kinder, Schwangere und stillende Mütter; Fleisch, Käse, Fett, Zucker, Tee und Seife wurden pro Kopf rationiert. Nur Kartoffeln, Mehl und Brot sowie

Wild, Fisch und Gemüse durften frei verkauft werden. Für Süßigkeiten, Konserven, Möbel und Kleider gab es ein Punktesystem.

Erstaunlicherweise war das System sehr beliebt, weil alle das gleiche bekamen und die Unterschicht besser versorgt war als in Friedenszeiten. Der Konsum fiel um ein Drittel. Entsprechend schlägt Ulrike Herrmann vor, soll er auch jetzt in Deutschland fallen. Als wichtigste Erkenntnisse betrachtet sie deshalb die Notwendigkeit staatlicher Planung und Rationierung.

Sind diese Überlegungen belastbar? Ich denke nicht. Denn die Überlegung, man könne die kommerzielle Lohnarbeit halbieren, geht von der Prämisse aus, dass Lohnarbeit überwiegend dazu dient, um Produkte zu produzieren. Die Autorin schreibt dazu: „... inzwischen machen Konsumgüter fast 80% der Wirtschaftsleistung aus.“ Tatsächlich beschäftigt der Produktionssektor einschließlich der Landwirtschaft heute aber nur noch 20 Prozent der Arbeitnehmer*innen und produziert nur noch 24 Prozent des BIP. Wenn man ihn halbiert, fallen nur 10 Prozent der Arbeitsplätze weg. Denn 80 Prozent der Arbeit sind Dienstleistungen – Tendenz wachsend. Diese wegfallenden 10 Prozent würden künftig ohne Probleme durch die wachsenden Bereiche Gesundheitswesen, Bildung, Pflege, Kinderbetreuung und andere persönliche Dienstleistungen aufgenommen. Selbst wenn die Zahl der Geschäfte ebenfalls zurück geht, werden die Bereiche Freizeitgestaltung, Kultur, Restaurationen usw. mit Sicherheit ebenfalls zunehmen.

Aber es gibt noch einen zweiten Denkfehler: Denn der Umbau hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft erfordert Millionen von zusätzlichen Arbeitskräften beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, beim Umbau der Industrie und den Aufbau einer Recyclingwirtschaft. Bis zu einer Million Menschen werden zusätzlich im Handwerk benötigt, um den gesamten Häuserbestand energetisch zu sanieren durch Dämmung und Umbau der Heizsysteme. Hunderttausende werden benötigt für die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft, für die Aufforstung von zusätzlichen Wäldern auf 5 Prozent der Fläche Deutschlands und beim Umbau der bestehenden Wälder.

Daraus folgt aber: Um klimaneutral zu werden, muss nicht die Wirtschaftsleistung um 30 Prozent reduziert werden, sondern wir werden alle Arbeitskräfte und Reserven brauchen, um die Wirtschaft, die Energieerzeugung, die Häuser, den Verkehr und die Landwirtschaft so schnell wie möglich umzubauen, um komplett CO₂-frei zu werden. Wir dürfen dazu keine Zeit versäumen. Wenn man also tatsächlich das Einkommensniveau halbieren will und gleichzeitig die Gesellschaft sozialer gestalten möchte, dann kann man nicht die Arbeit reduzieren. Man muss dann bei gleicher Arbeit zumindest die Löhne der Besserverdiener*innen halbieren. Das kann man machen – und dafür gibt es sicher auch gute Gründe, aber die ökologische Entlastung dürfte dadurch sehr begrenzt sein.

Als Fazit ergibt sich, dass eine Reduzierung der Arbeitsplätze für die Klimapolitik kontraproduktiv wäre. So wird Deutschland nicht schneller, sondern langsamer CO₂-frei.

Trotzdem ist »Großbritannien 1939« ein durchaus spannendes Modell: Denn es zeigt – ebenso wie zurzeit die Maßnahmen in Folge des Ukraine-Krieges – was möglich ist, wenn eine Veränderung wirklich gewollt ist. Die Idee des Modells ist also eine Verknüpfung von »freiem Markt« und »staatlicher Lenkung«. Wenn der Staat will, wenn es nötig ist, dann sind enorme Veränderungen in kurzer Zeit möglich. Entscheidend ist, dass

der Staat aktiv wird und eine lenkende Rolle einnimmt. Allerdings wurden damit in Großbritannien weder der Kapitalismus beendet noch wurde die Arbeitszeit und das Einkommen halbiert.

Wenn heute die Notmaßnahmen für die Transformation immer noch nicht ausreichend energisch in Angriff genommen werden, dann liegt das nicht daran, dass es nicht machbar ist. Es liegt an mangelnder Entschlossenheit großer Teile der Politik. Offensichtlich ist für viele die Not des Klimawandels und des Artensterbens noch nicht so akut, dass es Mehrheiten im Parlament gibt, die bereit sind, Notstandsmaßnahmen zu ergreifen. Das liegt aber nicht daran, dass der Kapitalismus noch nicht abgeschafft ist, sondern dass die Mehrheit im Bundestag immer noch glaubt, freie Fahrt auf Autobahnen und billige Flüge seien wichtiger als das Klima.

Anmerkungen:

¹ Ich folge damit eher Harari und Nolan/Lenski. Siehe Yuval Noah Harari: Eine kurze Geschichte der Menschheit, Pantheon Verlag 2015; Patrick Nolan, Gerhard Lenski: Human Societies – An Introduction to Macrosociology, 10. Auflage von 2004, Paradigm Publishers.

² Siehe „Handbuch Klimaschutz“, Oekom-Verlag 2021, sowie „Handbuch Klimaschutz Schleswig-Holstein“ und „Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?“, online auf www.handbuch-klimaschutz.de/anlagen/.

³ CCS (= Carbon, Capture and Storage) bezeichnet Technologien, mit denen die nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen insbesondere der Stahl- und Zement-Industrie aufgefangen und unterirdisch gelagert werden können. Sie sind noch nicht ausgereift, mit Unsicherheiten verbunden und auch erheblich teurer als die Kompensation der gleichen Menge CO₂ durch Neuwaldbildung. Nach 2050 werden allerdings solche Technologien benötigt werden, um den CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu reduzieren.

⁴ Anstelle des von Ulrike Herrmann genutzten Begriffs »Überlebenswirtschaft« verwende ich für die nachkapitalistische Gesellschaft lieber den Begriff »Gleichgewichtsgesellschaft«. Denn es kommt darauf an, bei den entscheidenden Faktoren Bevölkerungszahl, Flächennutzung, Arten- und Biotoperhalt, Ressourcennutzung und Klima zu einem stabilen Gleichgewichtszustand zu kommen. Und das betrifft nicht nur die Wirtschaft, sondern die Lebensweise insgesamt.

Über den Autor:

Karl-Martin Hentschel wurde 1950 in Bad Münde in Niedersachsen geboren. Er absolvierte eine dreijährige Offiziersausbildung bei der Bundeswehr und studierte anschließend Mathematik in Kiel. Von 1978 bis 1993 arbeitete er als Datenbankmanager, Systemprogrammierer und Abteilungsleiter für neue Technologien in einem internationalen Konzern in Hamburg. Seit seiner Schulzeit war er politisch aktiv, zunächst in der außerparlamentarischen Opposition, dann bei den Grünen, sowie als Betriebsrat. Von 1996 bis 2009 war er Abgeordneter im Landtag in Schleswig-Holstein und Fraktionsvorsitzender während der rot-grünen Simonis-Regierung. Seitdem veröffentlichte er mehrere Bücher und Aufsätze und hält Vorträge über Demokratie, Steuergerechtigkeit und Klimapolitik. Er ist Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie e. V. und im Vorstand des Netzwerk Steuergerechtigkeit und arbeitet in der AG Finanzen und Steuern für Attac. Aktuelles Buch von Karl-Martin Hentschel: „Demokratie für morgen“ (UVK-Verlag, München 2019, 292 Seiten, ISBN: 9783867648943, 17,99 €). Dieses wichtige Buch enthält Vorschläge für die Weiterentwicklung der Demokratie im 21. Jahrhundert, insbesondere auch den Entwurf einer EU-Verfassung.

Politikwissenschaft und »die Zukunft«

Was ist der Stand der Dinge hinsichtlich der Einbeziehung der Zukunft in die zeitgenössische Politikwissenschaft?

von Roland Benedikter

Zukunftsforschung hatte im deutschen Sprachraum in der zweiten Hälfte des 20. und hat auch noch im 21. Jahrhundert aus verschiedenen Gründen einen zweifelhaften Ruf. Auf der einen Seite war „Zukunft“ einer der als historisch „ganzheitlich“ gebrandmarkten Begriffe, die heimlich – und sich selbst oft unbewusst – zu „totalitär“ neigten und Spekulation über das, was nicht existiert, für Kontrolle und Herrschaft benutzten. Auf der anderen Seite blieb „Zukunftsforschung“ meist vage, direkt prädiktiv, selektiv, schwer widerlegbar und daher grenzwertig halbwissenschaftlich. Die Ansiedlung von „Zukunft“ in der akademischen Welt gelang aus diesen Gründen nur spärlich. Wo sie erfolgt, blieb sie unsystematisch, ohne ausreichendes wissenschaftliches Fundament und institutionell unsicher, herausgefordert und debattiert.

Die Politikwissenschaft dagegen war in ihrer empirischen Dimension seit der Nachkriegszeit und später als Reaktion auf den Idealismus der 1960er Jahre mehrheitlich fakten- und vergangenheitsorientiert (Quellenorientierung), bezog aber seit der Entstehung des Fernsehens, Internationalisierung und Globalisierung zunehmend antizipatorische Instrumente wie Wahlumfragen, sogenannte „Jugendstudien“ und Zukunftserhebungen ein. Diesen fehlt es jedoch meist an Tiefe und Breite, und sie führten nicht zu einer ausreichenden Theorie der Zukunft und des Umgangs mit ihr in der Politikwissenschaft. Das hat eine Reihe von Gründen.

Einerseits war, blieb und ist Politikwissenschaft nach wie vor wesentlich von der realen Politik abhängig – einschließlich der Dichotomie von Ideal- und Realpolitik, beginnend mit Napoleons berühmter Kombination der beiden einzigen Kriterien, die er für wichtig hielt, nämlich von Absichten und Fähigkeiten (intentions and capabilities). Andererseits hat sich die Wissenschaft der Politik selbst ein Stück weit zur politischen Wissenschaft gewandelt – und spielt spätestens seit den 1990er Jahren mit der Ambivalenz des Zwischenraums dieser Begrifflichkeiten. Politikwissenschaft hat sich im 21. Jahrhundert in den entwickelten Demokratien des globalen Nordens bis zu einem gewissen Grad von ihrer Abhängigkeit von Politik und politischer Praxis gelöst und sich eher als moralische Wächterin der Politik, d.h. als ihre theoretische Kritikerin und Antipodin im Dienst der unablässigen, niemals endgültigen und deshalb auch nicht abschließbaren Selbstvergewisserung offener Gesellschaft verstanden. Politikwissenschaft wurde in diesem Sinn nach und nach zum eigenständigen Teil des demokratischen Institutionengeflechts, auch ohne dass dies formal deklariert wurde. Die „Zukunft“ des Politischen, einschließlich des politischen Systems, und die der Politikwissenschaft wurden streng getrennt, und die Rede von „Zukunft“ generell skeptisch betrachtet.

Die – im Ganzen durchaus produktive – Dialektik zwischen deutschem Kommunikativismus und französischem Dekonstruktivismus, die dem Konstruktivismus zu einer klaren Vorrangstellung gegenüber dem Realismus in Europa verhalf, tat ein Übriges, „Zukunft“ eher zu dekonstruieren als zu verwissenschaftlichen. Die – insgesamt weit realistischere – anglo-amerikanische Politikwissenschaft hatte ihre eigenen Mechanismen gefunden, „kreativ“ mit Vorausschau umzugehen, und zwar in Gestalt der „grand strategies“, die politikwissenschaftlich intensiv, aber wenig formal diskutiert wurden und in Zeitschriften wie „Foreign Affairs“, „Foreign Policy“ und Ansätzen wie der „World Systems Theory“ oder zuletzt der „Clodynamics“ am „Institute for World Systems Research“ der Universität von Kalifornien (UC) in Riverside. Auch die französische Politikwissenschaft entwickelte immer wieder futuristische Ansätze, wie etwa zuletzt den „Convivialismus“, die – ebenso wie die anglo-amerikanischen „Big picture“-Vorausschau-Debatten – keiner eigens institutionalisierten Zukunftswissenschaft oder -methodologie innerhalb der politischen Wissenschaften bedurfte.

Politikwissenschaft und Zukunftsforschung blieben also weitgehend getrennt. Dort hingegen, wo die Politikwissenschaft der Politik nahe blieb, wurde sie nicht selten zu deren Dienerin in Entscheidungsprozessen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weisen, die den sehr unterschiedlichen politischen Kulturen sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in anderen Demokratien entsprach. Das ambivalente und breit gefächerte Verhältnis der Politikwissenschaft zur Politik und deren Zukunftsplanung hat dabei in den letzten Jahren vor allem den kritischen Realismus gegenüber der neuen globalen Spaltung in zwei Blöcke widerspiegelt: der Allianz der Demokratien gegen die neue Allianz der Autokratien, die nicht zuletzt durch die Hebelwirkung von Russlands Ukraine-Krieg zum dominanten Muster aufgestiegen ist und die eine Welt der „zwei Globalisierungen für zwei Blöcke“ anstelle der bisher idealisierten „einen Globalisierung für alle“ hervorgebracht hat. Die vorhergehenden Systemkrisen und die entsprechend steigende Grundsatzvolatilität machte den politikwissenschaftlichen Umgang mit „Zukunft“ noch schwieriger und diesbezügliche Vorstöße unwahrscheinlicher.

Diese Lage hat aber auch dazu geführt, dass sich seit einigen Jahren neue Einsichten durchsetzen. So ist ironischerweise die einzige Gemeinsamkeit, die den meisten Diplomaten und der UNO zufolge in der daraus hervorgehenden Welt der „Re-Globalisierung“ als entscheidendes grenzüberschreitendes Gesprächsthema bleibt, ausgerechnet und exakt „die Zukunft“. Denn trotz aller ideologischen und systemischen Unterschiede ist allen Akteuren auf der Weltbühne bewusst, dass sie ihre je eigene Zukunft haben

und dass das ein verbindendes Merkmal ist. Nicht zufällig erteilte UNO-Generalsekretär António Guterres anlässlich der 75-Jahr-Feiern der Vereinten Nationen 2021 seiner Wissenschafts-, Erziehungs- und Bildungsorganisation UNESCO den unmissverständlichen internen Auftrag, ihren Kernansatz der Zukunftsbildung, genauer: Alphabetisierung für Zukünfte (Futures Literacy, entwickelt und geleitet von Riel Miller und später von Christin Pfeiffer) in noch breiter anwendbarer Weise für die globale Politik aufzubereiten, um Futures Literacy auf die gesamte UNO auszudehnen. Die Begründung: nach dem faktischen Versiegen der Diplomatie zwischen den „zwei neuen Blöcken“, die sich – wie die Darstellungen der chinesischen und russischen Regierungen im Rahmen des Ukraine-Kriegs seit 2022 programmatisch darstellten – um zwei konkurrierende globale Ordnungen bemühen, sei „die Zukunft“ das einzige wirkliche Gesprächsthema, das den Vereinten Nationen noch bleibt. Die Hoffnung ist, es so zu „verwissenschaftlichen“, dass auch über Systeme hinweg ein Dialog über „Zukünfte“ des Politischen und seiner verbleibenden Gemeinschaftsaspekte möglich wird.

Was bedeutet das für die Politikwissenschaft?

Sie hat es in den vergangenen Jahren in ihren institutionalisierten Formen verabsäumt, auf die sich stark ändernde Welt in ihren eigenen Organisationsformen und Ansätzen zu reagieren. Während laut den meisten Experten Künstliche Intelligenz, ChatGPT und Automatisierung, das Verschwinden der Arbeit, die Entstehung von „Splinternet“ und „multi-planet human species“, die Klimakrise und veränderte Formen der Jugendpsychologie das System des Bisherigen in seinen Fundamenten in Frage stellen wie so kaum je seit der „Stunde Null“ nach dem zweiten Weltkrieg, ist Politikwissenschaft mehr oder weniger gleich geblieben. Während die Lebenswissenschaften im nach der aktuellen technischen Intelligenzrevolution nächsten – vorgezogenen – Kondratieff-Zyklus ab 2030 in Gestalt der „living systems technologies“ und der damit zusammenhängenden „bioeconomy“ die anderen Wissenschaften an sich ziehen und teilweise in sich aufheben werden (Markku Wilenius), ziehen uns Technologien wie ChatGPT die Realität unter den Füßen weg, ohne dass die politischen und sozialen Wissenschaften das und vor allem die Vorausschau auf die zu erwartenden Perspektiven bisher in ihre eigenen Realitätszugänge aufnehmen. Obwohl die Auseinandersetzung beginnt, ist die institutionelle Struktur der Politik- und Sozialwissenschaften nicht vorbereitet und das Wissen unzureichend für eine Vorwegnahme von Folgen und eine angemessene Gestaltung in mittel- bis langfristiger Perspektive – das ist der entscheidende Punkt (Kerstin Schill).

Insgesamt würden viele PolitikwissenschaftlerInnen heute zustimmen, wenn die Zusammenfassung lautet: Die Forschungs- und Bildungsangebote der Politikwissenschaften reagieren ebenso wenig wie ihr Selbstverständnis noch nicht ausreichend auf die entstehende „neue Welt“, die sich in der „alten“ kaum mehr wiedererkennen wird. Vieles an aktueller Politikwissenschaft ist „outdated“, und vieles an realistisch-ganzheitlichem „glokalem“ Bewusstsein schafft

sie noch nicht. Vor allem aber hat sie die Tatsache übersehen, dass „Zukunft“ stündlich wichtiger wird, weil Halbwertszeiten kontinuierlich sinken und „verschränkte Zukünfte“ im Rahmen verbunden mit „Bündelkrisen“ und „Krisenbündeln“ der Alltag werden.

Die Integration einer verwissenschaftlichen Form von Zukunft in die Politikwissenschaft ist also höchste Zeit. Dazu bieten sich verschiedene Ansätze an. Darunter ist der UNESCO-Ansatz der „Futures Literacy“, aber nicht nur. Futures Literacy weist seit 2012 inzwischen mehr als 40 UNESCO-Lehrstühle auf und blickt auf eine jahrzehntelange Erfahrung vor allem in der partizipativen Zukunftsforschung und -bildung zurück. Unter den aktuellen Makro-Projekten ist das „Imagining Africa’s Futures“ Projekt, das den Afrika- und Gender-Schwerpunkt der UNESCO-Gesamtstrategie 2022-29 mit verstärktem Nord-Süd-Austausch widerspiegelt. Während Futures Literacy selbst noch der Beschränkung unterliegt, ein stark „dekonstruktiver“ und noch zu wenig „aufbauender“ Ansatz für politikwissenschaftliche und politische Verwendung zu sein, sind die Potentiale immens. Dazu ist – in beiderseitigem Interesse – eine weit stärkere Auseinandersetzung aktueller, international anerkannter Zukunftsforschung und -bildung mit in verschiedenen Ländern unterschiedlich bestehenden Formen politischer Wissenschaft im Sinne von Kontextualisierung und Adaption nötig.

Worauf verweist das?

So wie Politik die allgegenwärtige „Klimaadaptation“ und die Zusammenführung von Nachhaltigkeit und Resilienz benötigt, braucht Politikwissenschaft für nachhaltig resiliente – und weiter bestehende – Zeitgenossenschaft heute Politikwissenschaften-Adaption. Dabei spielt „Zukunft“ eine zunehmend wichtige Rolle – nicht mehr nur als Schlagwort, sondern als spezialisierter, wenn auch vielleicht transversal zu handhabender Forschungsbezug samt eigenständiger Methodologie und Vernetzung. Die Zukunft der Sozialwissenschaften liegt in Sozialwissenschaften-Adaption an die stark veränderten Zeitumstände.

Letztlich wird das Verhältnis der Politikwissenschaft zur Zukunft trotz ihrer notorischen institutionellen Widerstandsfähigkeit gegenüber Veränderungen und Wandel, die sie im Wandel der Zeit gegen wiederholte Anfeindungen institutionell gefestigt haben, von den Entwicklungen in der nationalen, internationalen und globalen Politik abhängen. Dabei gilt es, zwischen den drei Dimensionen von Zukunft und Zukunftswissenschaft zu unterscheiden: zwischen Planung, Vorausschau und Antizipation. Laut dem italienischen Sozialwissenschaftler Roberto Poli „erfordert die räumliche Governance Entscheidungen, die den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen entsprechen. Es geht darum, die Ausdehnung und Umwandlung von Siedlungen zu organisieren, Aktivitäten zu regeln und für die Gemeinschaft wichtige Bereiche zu organisieren. Dazu gehören auch Prognosen über die sozioökonomische und ökologische Zukunft sowie über die Beziehungen zur Außenwelt. Diese Prognosen stellen jedoch den schwächsten Aspekt der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten und insbesondere der auf traditionelle Planungsverfahren ausgerichteten [Politik] dar. Angesichts der Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit der Zukunft ist ein anderer Ansatz erforderlich. Die ‚Disziplin

der Antizipation' ist ein neuer Grenzbereich in der Forschung und Anwendung von Zukunftsstudien, ein multidisziplinäres Gebiet, das in der Unternehmens- und öffentlichen Strategie immer mehr an Bedeutung gewinnt... Die Grundidee besteht darin, den Teilnehmern einen Perspektivenwechsel vorzuschlagen: von der Planung auf der Grundlage von Prognosen zur Planung auf der Grundlage von Antizipation. Dieser Vorschlag entspringt der Erkenntnis, dass Prognosen in einer sich immer schneller verändernden Welt immer schwieriger werden und dass die Zukunft, die man denkt oder entwirft, schon nach wenigen Jahren ganz anders aussieht."

Der Unterschied zwischen Planung, Vorausschau und Antizipation ist vor diesem Hintergrund, dass Planung kurzfristig, meist in Legislaturperioden, konkrete Schritte vornimmt, um Zukunft zu kontrollieren. Vorausschau ist längerfristig angelegt, meist in 10-20-Jahr-Zeiträumen, und versucht, mögliche Szenarien für mögliche Zukünfte im Sinn einer Wenn-Dann- und Plan-A-D-Strategie zu entwickeln. Beide sind auf mögliche Zukunftsbilder fixiert. Antizipation, das jüngste und ambitionierteste Glied der Zukunfts-Trinität dagegen, will Zukunft für die Arbeit in der Gegenwart nutzen. Zukunft existiert nicht. Sie dient aber in der Selbstbefragung des Imaginären dazu, Bilder möglicher Zukünfte in der Gegenwart fruchtbar zu machen, um nicht die Zukunft zu kontrollieren, sondern die Gegenwart aus der Zukunft heraus zu verändern. Der Leitspruch der Antizipation lautet nicht: „Back to the future“, sondern „Back to the future in the present“. Das heißt nicht, dass einer der „drei Pfeiler“ der Zukunftsontologie einen der anderen ersetzen sollte oder dass es eine Hierarchie gibt. Es heißt, dass alle drei gleich wichtig und daher komplementär zueinander eingesetzt und wissenschaftlich vorangetrieben werden sollten – gerade in ideologie- und zeitkritischen Politikwissenschaften. Wenn diese auf der Höhe der Zeit operieren wollen, müssen sie das Kerngebiet dieser Zeit: die „Imaginal Politics“ (Chiara Bottici) weit stärker mit Expertisen von „Zukünftigkeit“ verbinden als bisher, um sie nicht nur dekonstruktiv, sondern integrativ-konstruktiv anzugehen. Dazu ist auch ein neues interdisziplinäre Bewusstsein von Zukünftigkeit nötig.

Politikwissenschaftlich gilt deshalb: Während Planung (forecast) zum Standard gehört und Vorausschau (foresight) in den meisten politischen Systemen Fortschritte gemacht hat, wobei autokratische Regime wie China oder Dubai in der Investition, systematischen Anwendung und Umsetzung führend sind und Demokratien bei der Institutionalisierung geeigneter Prozesse noch eher hinterherhinken, stecken Disziplin und Praxis von Antizipation (anticipation) noch in den Kinderschuhen. Dieser Zustand betrifft Regierungen, Parlamente, Parteien und Institutionen gleichermaßen. Die Antizipations- und Zukunftswissenschaften sind auch in der zunehmend einflussreichen Kontextpolitik – wie Psychologie, Philosophie, kulturelle und historische Kontexte, Ort, Bevölkerung und Technologie –, die längst mit Partei- und Institutionenpolitik konkurriert, und der entsprechenden Konvergenz-Disziplin der Kontextuellen Politikanalyse unterrepräsentiert.

Nichtsdestotrotz gibt es eine wachsende Zahl praktischer Ansätze in einzelnen Nationen, unter anderem in Europa, und von internationalen und globalen Gremien

wie der OECD und UNESCO, aber auch von privaten Firmen wie dem World Economic Forum (WEF), um Vorausschau (foresight) und Antizipation (anticipation) in ihrer systemischen Reichweite und Perspektive zu verbessern. Vor allem Ansätze wie die Anticipatory Innovation Governance (AIG), die von der OECD und ihrer auf Zukünfte spezialisierten Teilorganisation OPSI im Jahr 2022 auf breiterer Ebene lanciert wurden, und die zunehmende Existenz von Zukunftsforschungsausschüssen in einer Reihe von Parlamenten, Ministerien und Regierungen wie etwa Finnland, Schweden und Deutschland, deuten auf ein wachsendes Interesse an einer erweiterten und wissenschaftlich untermauerten Vorausschau hin. Dagegen hinken einige wichtige internationale Akteure wie die EU, beispielsweise mit ihrem Zentrum für Höhere Studien, in der Verankerung der Wissenschaft von der Zukunft in Politik und politischen Wissenschaften noch hinterher. Das Zukunftsthema in wissenschaftlicher Ausrichtung sollte in den kommenden Jahren jedenfalls nicht vorwiegend neoliberal angehauchten Interessens-Organisationen überlassen werden.

Die Frage ist, inwieweit die Politikwissenschaft in der Lage sein wird, den Anschluss zu halten und die Disziplin der Antizipation in ihre eigene, unvermeidliche Weiterentwicklung einzubeziehen. Wünschenswert wäre die Gründung einer internationalen Task Force von Politik- und Sozialwissenschaftlern zum Schnittpunkt „Politikwissenschaft und Antizipation“, aber auch eine stärkere Zusammenarbeit von politikwissenschaftlichen Gremien mit internationalen Organisationen wie OECD und UNESCO.

Konferenzhinweis: Political Science and The Future. International Congress: The Discovery of the Future in the Social and Human Sciences: Changing science from a primarily past-oriented effort to a primarily future-oriented effort. University of Trento, 6-8 June 2024, <https://event.unitn.it/discovery-future/>.

Über den Autor:

Roland Benedikter is Co-Head of the Center for Advanced Studies of Eurac Research Bolzano/Bozen (Italy), UNESCO Chair in Interdisciplinary Anticipation and Global-Local Transformation, Research Professor of Multidisciplinary Political Analysis in residence at the Willy Brandt Centre of Wroclaw University (Poland), Member of the Future Circle of the Federal German Ministry of Education and Research (BMBF) for the Federal German Government Berlin (Germany) and Ordinary Member of the European Academy of Sciences and Arts. He is author, editor and co-editor of more than 20 books, latest "Globalization – Past, Present, Future" (University of California Press 2024), member of the Editorial Committees of the journals New Global Studies (De Gruyter) and Global-e (University of California at Santa Barbara) and of the book series Global Populisms (Brill).

Homepages:

<https://www.eurac.edu/en/institutes-centers/center-for-advanced-studies>

and

<https://www.eurac.edu/en/institutes-centers/center-for-advanced-studies/research-group/unesco-chair>

Kontakt: roland.benedikter@eurac.edu

Künstliche Intelligenz: Eine Utopie voller Düsternis

Kritische Verlautbarung zu einer wohl unausweichlichen Entwicklung

von Michael Pleister

Wenn seit geraumer Zeit weitgehend unwidersprochen zu vernehmen ist, dass künstliche Intelligenz (KI) in der Gesellschaft insgesamt und damit in der Konsequenz für den Einzelnen, ohne dass dies in der Breite vielleicht schon so spürbar wäre, mit einer gewissen Rasanz zu entwickeln sich nicht nur anschickt, sondern bereits im Gange ist, dann wird alsbald mit erheblich mehr Dringlichkeit die letztlich verhältnismäßig simple Frage in den Vordergrund treten, wohin diese Entwicklung führen wird, welche Folgen und Auswirkungen in Richtung auf den gesamten Lebensbereich der Spezies Mensch zu erwarten sind und sich letztlich feststellen lassen. Zu Klimawandel, Pandemie und Zeitenwende - „Schicksalslinien“, wie es semantisch ein wenig verunglückt momentan im Rundschreiben einer politischen Partei dort mit Blick auf einen alsbald stattfindenden Kongress unter dem Titel „Zusammenhalt und Verteilungsgerechtigkeit“ begrifflich heißt - gesellt sich künstliche Intelligenz, die bei genauerem Hinsehen mit ihrem Rekurs auf Wirklichkeit, ihrem auf Fortschritt, Sicherheit, Lebensbewältigung sowie vermeintliche Existenz erleichterung gerichteten Zugriff einerseits Punkte für sich zu reklamieren in der Lage zu sein scheint, andererseits ganz im Gegenteil, gerade was das Verhältnis von Mensch und künstlicher Intelligenz anbelangt, Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft in unvergleichlicher Weise in Frage zu stellen und zu verspielen aus realistischer Perspektive durchaus Gefahr laufen wird. KI steht im Kontext von Zeiterscheinungen - man denke an den Klimawandel -, die sich keinesfalls von selbst oder durch Zufall so ergeben haben, sondern im Wesentlichen auf das Schaffen und Wirken der Menschen zurückzuführen sind. Dabei dürfte sich KI mit der an sich simplen Frage verbinden, wohin der weitere Verlauf einer solchen sich berechtigt als Spitzentechnologie verstehenden Errungenschaft in letzter Konsequenz wohl führen wird. Ist die Entwicklung der KI für die Mehrheit der Erdbewohner, gerade unter Berücksichtigung derjenigen, die beispielsweise aus einer solchen die Gattung Mensch letztlich beherrschenden technologischen Errungenschaft keinen unmittelbar marktgängigen Profit zu schlagen imstande sein werden, die sich vielmehr als arbeitslose Verlierer wiederzufinden gezwungen sein dürften, kurzum: Ist künstliche Intelligenz in ihrem Bestreben nach Perfektionierung für die menschliche Gesellschaft überhaupt wünschenswert?

Lässt sich KI angesichts ihrer Dynamik, in Anbetracht der Rasanz ihrer Emanzipation, der Vielfalt ihrer Einsatzmöglichkeiten letztlich überhaupt noch steuern, regulieren, kontrollieren, vielleicht einschränken? Von partiellem Verhindern realistischerweise ganz zu schweigen ... Oder, um es in einer Art Ungewissheit zusammenzufassen: Gewinnt KI eine Eigendynamik, die alles Bisherige in den Schatten stellen wird? All dies sind Fragen, die sinnvollerweise gestellt werden sollten, ohne dass aus heutiger Perspektive für jeden Einzelaspekt schon eine letztgültige Antwort zu erwarten wäre. Ganz abgesehen sei

auch davon, dass Fragen der genannten Art in ihrem aus Sicht künstlicher Intelligenz gelegentlich „inquisitorischen“, wenngleich aus allgemeingesellschaftlicher Perspektive durchaus berechtigten Charakter im Interesse von KI mit Sicherheit unbeantwortet bleiben, jedenfalls nicht mit negativem Bescheid bedacht werden sollen.

Auf jeden Fall wird KI in ihrem technologischen Zugriff auf die Lebenswirklichkeit sich dem Horizont von Wahrnehmung und Weltverständnis seitens des sog. Durchschnittsmenschen, wenn das einmal zugegebenermaßen so überheblich ausgedrückt werden darf, entziehen, vergrößert sich doch seit Beginn des technologischen Zeitalters generell die Kluft zwischen einem Alltagsverständnis des auf Lebensbewältigung sich kaprizierenden „Normalbürgers“ und einer wissenschaftsbasierten Art der Welterfassung, die in ihrer Fortschrittlichkeit, in ihrem Abstraktionsgrad, in ihrer Differenziertheit und Subtilität von vielen Menschen lediglich mit respektvollem Staunen wahrgenommen wird, sozusagen in einer Art Überwältigung angesichts eines verständlicherweise zu meist auf Lebensnotwendigkeiten ausgerichteten durchschnittsbürgerlichen Alltagsbezugs. Die Diskrepanz zwischen Höchstleistung menschlichen Schöpfertums hier auf naturwissenschaftlich-technischer Basis und einem auf Lebensbewältigung ausgerichteten Weltverständnis im Sinne von Alltagsbewusstsein dürfte sich weiterhin vergrößern, in ungeahnte Höhen „entschwinden“ oder eben auch umgekehrt in einer Art Verschmelzung von beidem schlichtweg „verschwinden“, wenn das ein wenig zugespitzt, hier ironisch-kritisch, möglicherweise aber auch durchaus wirklichkeitsgerecht so ausgedrückt werden darf. Gleichwohl sollte zunächst realistischerweise folgende Frage weiterhin gestellt werden: Ist die Eigendynamik technisch-naturwissenschaftlicher Prozesse, die Eigendynamik, wie sie hier am Beispiel der KI zu konstatieren ist und möglicherweise eine Dimension erreicht, die im Begriff steht, sich der Kontrolle durch den Menschen schließlich möglicherweise weitgehend, letztlich wohl völlig zu entwinden, überhaupt nachvollziehbar, vor allem auf Dauer verantwortbar?

Ohne dass hier auf Fragen der Phylogenese des Menschen in wissenschaftsorientierter Weise auch nur im Entferntesten eingegangen werden kann, so ist doch auch mit schlichten Worten in einer Art Alltagsverständnis davon auszugehen, dass die Entwicklung des Homo sapiens sich in Phasen vollzog: Während es dem Menschen zunächst darum ging, im Wesentlichen all die Notwendigkeiten zu erkennen und zu realisieren, mit denen sein Überleben zu sichern war, so haben sich – grob gesehen - Phasen der Verbesserung von Existenzbedingungen, schließlich Lebensabschnitte ungebremsten Fortschritts, vielfacher Entlastung und Erleichterung angeschlossen, Zeiträume, die jetzt in einen vielleicht als letztgültig zu bezeichnenden Abschnitt menschlicher Existenzform überzugehen sich anlassen, nämlich in

ein Zeitalter mit Prozessen zunehmender Gefährdungen, der Überdehnung menschlicher Fähigkeiten, menschlichen Handelns, der Hybris, der Verirrung und Verwirrung mit schwindender Unterscheidbarkeit von Gut und Böse, Positiv und Negativ. Gehen Entwicklungen und Handlungsoptionen, die ursprünglich an die Existenz von Menschen gebunden waren, unter, so wäre zu fragen, in der Eigendynamik von Errungenschaften, die dem menschlichen Geist zwar abgewonnen sind, sich in ihrer Selbsttätigkeit aber kaum noch kontrollieren lassen und zu Prozessen führen, die als künstliche Intelligenz dem Menschen überlegen sind, ihm gefährlich werden, ihn letztlich zu beherrschenden Instanzen sind, ihn damit überflüssig machen und an das Ende seiner Existenz bringen?

Viele Aspekte des Lebens sollten im Hinblick auf Zukunft, im Hinblick auf Wahrscheinlichkeit und Ungewissheit, in Anbetracht von Sicherheit und Fragilität, Wahrnehmung und Täuschung gleichermaßen zur Kenntnis genommen und reflektiert werden. Der interessierte Beobachter des gesellschaftlichen Geschehens wird immer wieder auf Grundsatzfragen zurückgeführt, beispielsweise folgendermaßen:

Ist die Entwicklung des Menschen in letzter Konsequenz auf die Erfindung und Nutzbarmachung von künstlicher Intelligenz angelegt, sozusagen von vornherein, unweigerlich und ohne Alternative? Liegt das alles in der Natur des Menschen? Ist künstliche Intelligenz sozusagen eine Art Vorherbestimmung?

Und weiter: Entwickelt sich unter dem ursprünglichen Anspruch kühner Zukunftsvisionen, mittlerweile unter fortgeschrittene Realität technologischer Machbarkeit von der Intelligenz her schließlich ein künstliches Menschengeschlecht, eine anthropoide Wesenheit gewissermaßen, die mancher Computeranimation schon jetzt zu entnehmen ist, die aufgrund von Allmacht sich den Menschen aus Fleisch und Blut zu unterwerfen imstande sein wird, weil sich ein digital gesteuertes Machtsystem letztlich in Perfektion omnipräsent ins Spiel zu bringen versteht? Diese Omnipräsens wird in ihrer Perfektion die Menschheit wie in einer undurchdringlichen Kapsel umschließen, aus der es kein Entrinnen geben wird, weil auf jeden Versuch in dieser Hinsicht im Extremfall dann vonseiten künstlicher Intelligenz, zudem von ihrer Warte mittlerweile gewonnener Überlegenheit, Perfektion und Allmacht aus mit Einschüchterungs-, gar Vernichtungsschlägen reagiert werden kann. Von Waffen, die sich ihre Ziele selbst suchen, ist gelegentlich schon die Rede ...

Viele Menschen scheinen blind, überwiegend verständlicherweise wohl auch hilflos zu sein in Bezug auf die mögliche, sogar wahrscheinliche Zukunftsperspektive, dass die Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Machtfülle eines KI-gesteuerten totalen Überwachungssystems, von wem politisch auch immer ausgeübt, zum Opfer zu fallen in durchaus kalkulierbarer Gefahr stehen ...

Die sich im dynamischen Weltlauf stellende insoweit abschließende Frage wird in ihrer Schlichtheit weiterhin lauten: Wie wird es uns Menschen mit einer sich stets weiterentwickelnden Errungenschaft ergehen, die wir „künstliche Intelligenz“ nennen? Dabei verzeihe man dem Verfasser des vorliegenden Textes

zu guter Letzt den Rekurs auf ein gleichwohl zutreffend realitätsnahes, in seiner literarischen Qualität wohl kaum zu bestreitendes, wenngleich durch vielfältige Inanspruchnahme zugegebenermaßen ein wenig abgegriffenes wirkendes Zitat, das sich gleichwohl in seiner kulturellen Bedeutung hier wie vermutlich stets nicht nur als Reminiszenz an eine literarische Größe, vielmehr insbesondere jetzt, dabei vor allem mit Blick auf Zukünftiges als Ausdruck veritabler Angst und Verzweiflung präsentieren dürfte:

Und sie laufen! Naß und nässer
wirds im Saal und auf den Stufen.
Welch entsetzliches Gewässer!
Herr und Meister! hör mich rufen! –
Ach, da kommt der Meister!
Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister
werd ich nun nicht los.
(J.W. v. Goethe: Der Zauberlehrling)

Weiterführend:

<https://de.finance.yahoo.com/nachrichten/open-ai-so-besorgt-%C3%BC-081648630.html>

"Bekommen Sie keine Kinder, wenn Sie noch keine haben", warnt KI-Experte Mo Gawdat (yahoo.com)

<https://de.yahoo.com/finance/nachrichten/nvidia-aktie-teuer-alternative-ki-062532425.html>

<https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/precht-im-zdf-macht-kiden-menschen-ueberfluessig>

Tesla Bot Update - YouTube

Und schließlich:

https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Zauberlehrling

Über den Autor:

Dr. phil. Michael Pleister, Jahrgang 1953, Studium der Fächer Germanistik, Geschichte und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, 1. und 2. Staatsexamen, danach Gymnasiallehrer, kurzzeitig Schulleiter sowie zeitweilig Lehrbeauftragter bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hochschulbereich, auch Unterrichtserfahrung im Bereich Deutsch als Fremdsprache. Derzeit im Ruhestand. Veröffentlichungen zu literaturgeschichtlichen, pädagogisch-didaktischen und bildungstheoretischen Themen sowie zu Theateraufführungen in Hamburg. (www.michaelpleister.de).

Philipp Sonntag Erinnerungskultur

Die gesellschaftliche Rolle
von Zeitzeugen



Erinnerungskultur

Die gesellschaftliche Rolle von Zeitzeugen

Philipp Sonntag

Frank & Timme

Frank & Timme Verlag, Berlin 2023. 196 Seiten, Softcover, € 29.80, ISBN: 978-3-7329-0949-0. Auch als E-Book erhältlich!

Der 1938 in Halle/Saale geborene Wissenschaftler, Autor zahlreicher Bücher und gesellschaftlich vielfältig engagierte Philipp Sonntag überlebte als Child Survivor den Holocaust. Mit »Erinnerungskultur - Die gesellschaftliche Rolle von Zeitzeugen« hat er ein außergewöhnliches Buch geschrieben. In seinem neuen Werk beleuchtet er vielschichtig und anschaulich die besondere Bedeutung der Erinnerungskultur, die hauptsächlich auf geschriebenen Berichten von Zeitzeugen basiert, für die Gesellschaft.

Aus den neun Kapiteln geht die Wichtigkeit der von Zeitzeugen aufgeschriebenen Beobachtungen hervor, sowohl für die Einordnung und Bewertung »ganz normaler Ereignisse in einer bestimmten Zeit« als auch für historische Ereignisse. Darüber hinaus erörtert Philipp Sonntag in einem breiten Spektrum die individuellen, sozialen, gesellschaftlichen und politischen Implikationen von Zeitzeugen.

Die neun Kapitel lauten wie folgt:

1. Vielfältige Erinnerungskultur

2. TEA: Ein typisches Tagebuch und Erinnerungsarchiv
3. Zeitzeugen als „basidemokratische Historiker“
4. Umgang mit eigenen Erinnerungen
5. Regierungsformen und Auswirkungen auf Betroffene
6. „Europa erzählen“ als politisches Projekt
7. Umgang mit Willkür und Gewalt
8. Medien: Wer oder was kennt mich besser als ich selbst?
9. Erinnerungskultur für Hoffnung auf bessere Zukunft

Für Philipp Sonntag sind Zeitzeugenberichte für die Erinnerungskultur und ein besseres Verständnis vergangener Ereignisse, einschließlich der Geschichtsschreibung, unerlässlich.

Jeder Mensch ist prinzipiell ein Zeitzeuge, aber nur wenige hinterlassen als Zeugen von Ereignissen individuell gefühlte und erlebte Berichte. Dies beklagt Philipp Sonntag und wirbt eindringlich dafür, dass sich mehr Menschen als Zeitzeugen betätigen und damit die Erinnerungskultur stärken. »Zeitzeugen sind die unmittelbarsten Betroffenen von Ereignissen. Ihre Berichte sind authentisch, einfühlsam und nachdenklich. Sie haben eine eigene Erinnerungskultur, die für das Verstehen der Entwicklung der Menschheit unschätzbar wertvoll ist.« Da es zu wenige authentische Zeitzeugenberichte gibt, sind die Aussagen von Historikerinnen und Historikern über zahlreiche Ereignisse nie vollständig. »Aber auch sie greifen dankbar auf Zeitzeugnisse zurück.« Die Aussagen von Historikerinnen und Historikern werden immer ein wenig vollständiger, wenn mehr Menschen über bestimmte Ereignisse im Besonderen und über ihr Leben im Allgemeinen in Form von schriftlichen Aufzeichnungen berichten.

In seinem langen Leben hat der heute in Berlin lebende Philipp Sonntag viele Zeitzeugen begleitet. Auf vielfältige Weise verdeutlicht Philipp Sonntag ihre bedeutende gesellschaftliche Rolle.

Das Buch beschreibt sehr gut, warum die sozialen Netzwerke des Internets nicht annähernd die aufgeschriebenen Berichte von Zeitzeugen ersetzen können. Dabei wird auch herausgearbeitet, wie sehr die Nutzerinnen und Nutzer von sozialen Netzwerken für kommerzielle Interessen »missbraucht« werden und ihre Inhalte verfälscht werden können.

Philipp Sonntag ist ein sehr aktiver Gestalter der Erinnerungskultur. Er hat selbst Erlebtes als Zeitzeuge aufgeschrieben und einen Teil seiner Zeitzeugenberichte in diesem wichtigen Buch veröffentlicht. Auch das macht dieses Buch zu einer lohnenden Lektüre.

In der Einführung schreibt er u. a.: »Ziel dieses Buches ist, aus bitteren bis angenehmen Erfahrungen heraus zu einer grundlegend besseren Gestaltung der Zukunft anzuregen. [...]

Für die anschauliche Vermittlung von Erinnerungskultur vor dem Hintergrund sozialer Strukturen wurden vor allem Erfahrungen aus dem Archiv TEA (Tagebuch- und Erinnerungsarchiv Berlin e.V.) einbezogen.«

Es ist zu hoffen, dass dieses Buch viele Leserinnen und Leser findet.

Werner Mittelstaedt

Impressum

BLICKPUNKT ZUKUNFT©
ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt (W.M.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Website: www.blickpunkt-zukunft.com

Wikipedia: de.wikipedia.org/wiki/Blickpunkt_Zukunft

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt (Beratung und Schlussredaktion)

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Druck: Multionline GmbH
Heinrich-Dreyer-Straße 1, 27798 Hude

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber
Werner Mittelstaedt

Erscheinungsweise: Überwiegend zwei Ausgaben im Jahr.

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wieder.

**Gerhard Baisch (Hg.), Hartmut Graßl (Hg.), Bernd Hahnfeld (Hg.),
Angelika Hilbeck (Hg.), IALANA-Hauptstadtbüro (Hg.),
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (Hg.)**

20 Jahre Whistleblower-Preis Was wurde aus den Preisträger:innen und ihren Enthüllungen?



Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023. 396 Seiten, Softcover, 7 schwarz-weiß und 12 farbige Illustrationen. € 49,00, ISBN: 978-3-8305-5550-6 (Auch als E-Book erhältlich!)

Seit 1999 haben IALANA und VDW jeweils alle zwei Jahre herausragende Whistleblower:innen mit dem Deutschen Whistleblower-Preis geehrt. Dadurch sollte ihnen öffentlich Anerkennung für ihr mutiges Handeln ausgesprochen und gezeigt werden, dass die Gesellschaft auf Menschen wie sie angewiesen ist, um geheim gehaltene Fehlentwicklungen und Missstände zu erkennen und um deren Behebung einzufordern oder anzugehen. Geehrt wurden insgesamt 18 Whistleblower:innen, u.a. Alexander Nikitin (nukleare Verseuchung des Nordmeers), Margrit Herbst (BSE-Skandal), Daniel Ellsberg (Pentagon-Papiere zum Vietnam-Krieg), Brigitte Heinisch (Altenpflegemängel), Liv Bode (Borna-Virus), Rainer Moormann (Kugelhaufen-Reaktor), Chelsea Manning (US-Kriegsverbrechen), Gilles-Eric Seralini (Gesundheitsgefahr durch Glyphosat), Edward J. Snowden (Prism), Can Dündar (Erdogan unterstützt IS mit Waffen) und Martin Porwoll (Krebsmedikamente ohne Wirkstoff).

Das Buch enthält selbständige Beiträge zu den einzelnen Preisträger:innen, meist mit Interviews und ergänzenden Darstellungen der Folgen ihres Whistleblowings. Es folgt eine Genese des Hinweisgeberschutzgesetzes, das Anfang Juli 2023 in Kraft getreten ist. Wolfgang Däubler wird darlegen, ob und inwieweit die neuen Regelungen Whistleblower:innen tatsächlich schützen können.

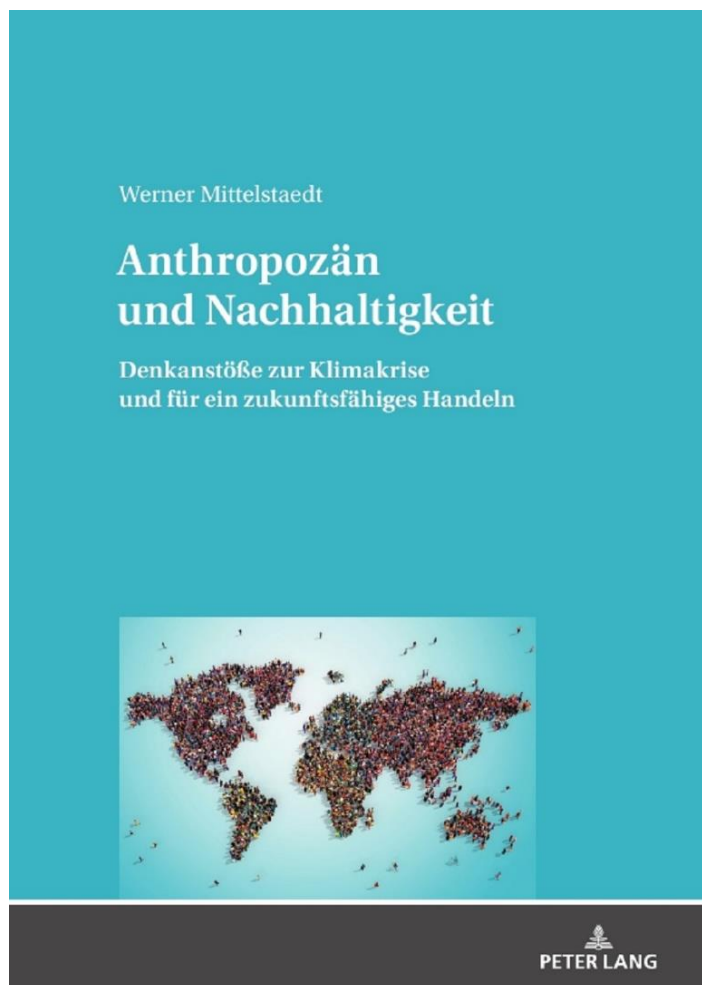
Das Buch eröffnet insbesondere durch die Interviews einen Blick auf die oft schweren Schicksale, welche die geehrten Whistleblower:innen nach ihrem Alarmgeben erlitten haben. Bewundernswert ist, dass fast alle ihr Handeln nicht bereuen, sondern wieder so handeln würden. Ihre Schilderungen legen auch bloß, an welchen Punkten der nötige Schutz erweitert werden muss.

Das Buch ist dem im Jahr 2019 verstorbenen Initiator des Whistleblower-Preises, Dr. Dieter Deiseroth, Jurist und Richter am Bundesverwaltungsgericht, gewidmet.

Werner Mittelstaedt

Anthropozän und Nachhaltigkeit

Denkanstöße zur Klimakrise und
für ein zukunftsfähiges Handeln



Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien 2020. 242 Seiten, Hardcover, 4 farb. Abb., Personen- und Sachregister, € 29.95, ISBN: 978-3-631-82523-1 (In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Was genau ist das Anthropozän und wie ist es entstanden? Welche Kräfte wirken in ihm? Wohin führt es die globale Zivilisation? Hat das Anthropozän die Klimakrise herbeigeführt? Gibt es durch das Anthropozän praktisch keine reale Nachhaltigkeit mehr? Was kann aus den vielen Krisen im Anthropozän gelernt werden?

Diese Fragestellungen werden gut lesbar und anschaulich auf dem aktuellen Stand der Dinge behandelt. Auf dieser Basis stellt der Autor einen detaillierten Plan zur Abschwächung der Klimakrise vor, der durch einzelne Staaten verwirklicht werden könnte. Außerdem präsentiert er ein Konzept zur Erzielung realer Nachhaltigkeit und begründet, warum das Anthropozän als neues Erdzeitalter ausgerufen werden sollte. In diesem Kontext geht der Autor auch auf die Coronavirus-Pandemie ein.

Das Buch schließt mit der Aufforderung, die »zweite Aufklärung« voranzutreiben. Sie ist notwendig, um das noch verbleibende Zeitfenster von wenigen Dekaden zu nutzen, damit das Anthropozän zukunftsfähig wird.

Aus dem Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Macht euch die Erde untertan! / Die große Beschleunigung seit dem Jahr 1950 / Acht zukunftsgefährdende Megatrends / Droht der Untergang der globalen Zivilisation? / Das Anthropozän – das Zeitalter des Menschen / Warum das Anthropozän offiziell ausgerufen werden sollte

Zweiter Teil: Wege aus der Klimakrise – Zukunftsfähigkeit sichern / Der Blick auf die Erde / Nicht unrealistische Sofortmaßnahmen / Notwendigkeiten für die zukunftsfähige Weltgesellschaft: a) Wertorientierungen und Denkmuster b) Handlungsmuster

Dritter Teil: Die zweite Aufklärung oder »Nach uns die Sintflut«

Glossar: Zukunftswissen im Anthropozän

»Anthropozän und Nachhaltigkeit« behandelt auch ausführlich den militärisch-industriellen Komplex sowie die Gefahren und ökologischen Folgen durch konventionelle, atomare, biologische und chemische Waffen!

Rezensionen und Buchvorstellungen (Auswahl):

Rezension der Zeitschrift pro zukunft - Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen durch Hans Holzinger:

www.prozukunft.org/buecher/anthropozoen-und-nachhaltigkeit

Rezension in der Zeitschrift Spektrum der Wissenschaft durch Martin Schneider:

www.spektrum.de/rezension/buchkritik-zu-anthropozoen-und-nachhaltigkeit/1762122

Rezension im blog.energing.de

durch Joerg Bergmann (siehe: blog.energing.de)

Buchvorstellung in der Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Gelsenkirchen durch Elisabeth Höving:

www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/autor-warnt-im-neuen-buch-vor-der-drohenden-klimakatastrophe-id230704084.html

Ein gekürztes und bearbeitetes Kapitel wurde in der Frankfurter Rundschau am 7. April 2021 veröffentlicht:

www.fr.de/panorama/die-legende-als-lehrstueck-90317560.html

Ernst Ulrich von Weizsäcker

SO REICHT DAS NICHT!

**Außenpolitik, neue Ökonomie, neue
Aufklärung – Was die Klimakrise jetzt
wirklich braucht**



Bonifatius Verlag, Paderborn 2022 160 Seiten, Hardcover,
€ 20.00, ISBN: 978-3-89710-909-4

Bereits vor 50 Jahren veröffentlichte der „Club of Rome“ mit „Die Grenzen des Wachstums“ eine Studie zur Entwicklung der Weltwirtschaft und zeigte schon damals, wie zeitnah für die Menschheit das Ende weiterer Möglichkeiten erreicht sein wird. Der Weltklimabericht und außergewöhnliche Wetterphänomene zeigen die Dringlichkeit noch immer: Die Art wie wir leben hat globale Auswirkungen – mit einer dramatischen Entwicklung. Ernst Ulrich von Weizsäcker betrachtet die oft nationalen Maßnahmen und Ideen einzelner Länder mit großer Sorge und weiß, dass die Herausforderungen heute weitaus schlimmer sind, als vor 50 Jahren. Mit sieben Punkten fordert er in seinem Buch zu entschlossenem Handeln für das Wohl künftiger Generationen.

Für ihn braucht es jetzt in Sachen Klimaschutz unter anderem eine Außenpolitik, neue Ökonomie und eine neue Aufklärung.

Kommentar von Werner Mittelstaedt:

Ernst Ulrich von Weizsäcker schreibt in diesem wichtigen Buch: »Nur wer dem Klima und der Natur nützt, sollte künftig Gewinner sein. Verlierer sollten die Zerstörer sein.« Diese Aussage wird faktenreich und gut lesbar in diesem Buch untermauert.

Hinter Mauern

Geschlossene Grenzen

als Gefahr für die
offene Gesellschaft

Von Volker M. Heins

und Frank Wolff

edition suhrkamp

SV

Suhrkamp Verlag, Berlin 2023 197 Seiten, Softcover,
€ 18.00, ISBN: 978-3-518-12807-7

»Wir müssen diese Bilder aushalten«, sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer im November 2021 angesichts frierender Geflüchteter an der Grenze zwischen Polen und Belarus. Seine Worte machen deutlich, was oft in Vergessenheit gerät: Grenzen sind nicht nur Hindernisse für Menschen, die sie von außerhalb überwinden wollen. Sie verändern auch die Gesellschaften, die sich abzuschotten versuchen.

Volker M. Heins und Frank Wolff zeigen, welche Wirkung Mauern und die Abwehr von Migration »nach innen« entfalten: Das Drängen der EU auf »sichere Außengrenzen« untergräbt das europäische Versprechen auf Frieden und Rechtsstaatlichkeit. Letztendlich gefährden befestigte Grenzen gerade jene demokratischen Werte und Strukturen, die sie zu schützen vorgeben.

Cord Aschenbrenner schreibt in der Süddeutschen Zeitung über dieses Buch u.a.:

»Volker M. Heins und Frank Wolff erklären eindrucksvoll, was in Gesellschaften passiert, die »illegale Migration« mit allen Mitteln unterbinden wollen: Akzeptanz von Gewalt, Gewöhnung an Rechtsbruch, Beschädigung der Demokratie. [...] Volker M. Heins und Frank Wolff plädieren mit ihrem eindrücklichen, lobenswert verständlich und nachvollziehbar geschriebenen Buch für eine »Demokratisierung der Grenzen«, was nicht deren Abschaffung bedeutet.«

Werner Mittelstaedt
Transformation und Ambivalenz
Steht die Welt vor dem Kollaps?
Kurskorrektur oder Klimakatastrophe



Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Lausanne, Berlin, Bruxelles, Chennai, New York, Oxford 2023. Softcover, 180 Seiten, Personen- und Sachregister, € 29.95, ISBN: 978-3-631-88978-7 (In allen E-Book-Formaten erhältlich!)

Kurzbeschreibung

Die Welt benötigt dringend tiefgreifende Transformationen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Doch Ambivalenzen in Politik, Wirtschaft und Bevölkerung verzögern und verhindern deren Umsetzung. Warum existieren diese Ambivalenzen? Können sie überwunden werden? Steht die Welt wegen der unterlassenen Transformationen in wenigen Jahrzehnten vor dem Kollaps?

Welche Folgen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine für den globalen Klimaschutz?

Dieses Buch analysiert vielschichtig die Aktivitäten für Energiewende, Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Deutschland und weltweit. Es skizziert ein neues Fortschritts-Narrativ, liefert konkrete Lösungsvorschläge und 95 Zukunftsbilder, um die Klimakrise erfolgreich zu bewältigen und wirkliche Nachhaltigkeit zu realisieren.

Ernst Ulrich von Weizsäcker über dieses Buch:

»Kurskorrektur oder Klimakatastrophe« ist der aufrüttelnde Untertitel dieses höchst beachtlichen Buches von

Werner Mittelstaedt. Für die Kurskorrektur liefert es Aufklärung und vertiefendes Wissen mit Lösungsvorschlägen für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Transformation und Ambivalenz – Einleitung und erste Feststellungen

Wir befinden uns im Teufelskreis der Klimakrise

Klimakrise oder schon Klimakatastrophe?

Das verbleibende CO2-Budget

Wahrscheinlich steigende anstatt sinkender CO2-Emissionen

Die CO2-Uhr läuft ab

Wir sind Kinder unserer Zeit

Sind wir bewusst ambivalent oder können wir nicht anders?

Das neue politische Versprechen

Die Marginalisierung des Massenaussterbens und ein Signal der Hoffnung

Große und kleine »Stellschrauben« für biologische Vielfalt und Klimaschutz

Das drohende Wachstumsdilemma

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Folgen

Atomwaffen töten, auch wenn sie nicht eingesetzt werden

Auf den Kopf gestellt

Die schwierige Neuausrichtung der Energiewende in Deutschland und fragmentarische Aspekte von Klimaschutzmaßnahmen in anderen Ländern

Acht zukunftsgefährdende Megatrends und die daraus resultierenden Transformationen

Lebensqualität und Lebensstandard

Die allgemeine Lebensqualität droht weltweit zu sinken

Der weltweit ungerecht verteilte Lebensstandard und der gewaltige CO2-Fußabdruck der Reichen

Lebensqualität und Lebensstandard müssen sich am Klimaschutz und der nachhaltigen Entwicklung orientieren

Wünschenswerte Zukunfts- und Transformationsbilder in 95 Thesen

Vorbemerkung

Wesentliche nicht nachhaltige Realitäten des Anthropozäns

Zukunfts- und Transformationsbilder für eine gerechte und nachhaltige Weltgesellschaft

Danksagung

Anmerkungen

Literaturnachweise

Personen- und Sachregister